NACHRICHTEN AUS DEM WIDERSTAND - alle 14 Tage brandaktuell

# TATblatt

PLUSMINUS-0-NUMMER (19/93) 12. NOVEMBER 1993 PREIS: öS 15,--

# KEINE PANIK

VÖEST will AKW in Taiwan errichten (Seite 2) ... Europa über alles (Seite 4) ... Rassistische Anschläge in Vorarlberg (Seite 8) ... Frauenprojekte und das leidige Geld (Seite 12) ... Das erste authentische Foto des TATblatt-Kollektivs (Seite 24)

# Vöest will Atomkraftwerk in Taiwan errichten

*Die Vöest Alpine MCE will also das AKW Lung Man miterrichten. Für 7 Milliarden Schilling Auftragswert soll ab September 1994 das Containment des Reaktors, sowie die Meß- und Regeltechnik geliefert werden. Taiwan, seit 1949 ununterbrochen diktatorisch regiert, ist neben Südkorea eines der wenigen Länder der Welt, wo derzeit neue AKWs in Auftrag gegeben werden.*

TATblatt-Wien

Generalunternehmer für Lung Man ist der US-Konzern Bechtel Corp. Weitere vorgesehene Auftragnehmer sollen der größte Elektroanlagenbau-Multi der Welt, ABB, weiters Siemens-KWU und die deutsche Firma Lentjes sein. Insgesamt werden 70 Milliarden Schilling an Aufträgen vergeben.

Taiwan ist eine Vorzeige-Entwicklungsdiktatur nach westlich-technokratischem Vorbild und wird seit 1949 ununterbrochen von den nationalistischen Kuomintang regiert. Die Kuomintang (KMT) regierte vor der Invasion Japans in ganz China und verlor nach der japanischen Kapitulation 1945 den nachfolgenden Bürgerkrieg gegen die Rote Armee. Die KMT-Truppen unter Chiang Kai-Shek, der 1975 starb, zogen sich auf die Insel Formosa - das heutige Taiwan - zurück und errichteten dort ein Nationalchina im Gegensatz zu "Rotchina". Taiwan wurde von allem Anfang an von den USA massiv unterstützt, da es als alternatives Modell zum kommunistischen China dienen sollte. Das taiwanesische Entwicklungsmodell basiert auf einer Agrarreform in Richtung Agroindustrie mit massivem Chemikalieneinsatz und einer staatlichen Investitionspolitik zur Förderung der Schwerindustrie, sowie der Produktion für den Export.

Die Umweltfolgen spielen keine Rolle. Entwaldung, enorme Verschmutzung durch große Industriebetriebe und die toxische Belastung landwirtschaftlicher Produkte sind die Ausmmwirkungen dieser Entwicklung. Taiwan hat einerseits eine der höchsten Verbrauchszahlen für Pestizide der Welt, andererseits sind sogar nach Regierungsangaben 20% der landwirtschaftlichen Flächen stark durch die Industrie verseucht, 30% der verkauften Reismenge ist durch Schwermetalle kontaminiert.

## Energiepolitik = Großkraftwerksbau

Die Industrialisierung in Taiwan bedingt einen hohen Energieverbrauch, der durch große Wasserkraftwerke, aber auch kalorische und Atomkraftwerke gedeckt wird. Momentan gibt es drei AKWs, nach den Plänen der Regierung könnten es bis zum Jahr 2000 leicht 20 sein. Allerdings bremst der Widerstand der Bevölkerung schon seit längerer Zeit den Bau des vierten AKW.

bisher waren die US-Multis General Electric, Westinghouse und Bechtel Corporation federführend bei der Errichtung von Shihmin Hsiang, Kuosheng und Maanshan. Politisch trafen sich die nationalen Interessen der KMT-Technokraten mit der US-Atomlobby, weil in den USA zunehmend weniger AKWs gebaut wurden. Derzeit wird 53% der Elektrizität in den drei Atomkraftwerken erzeugt. Außerdem haben die obersten Militärs der KMT bis heute die Hoffnung auf eine taiwanesische Atombombe nicht begraben. Auf Druck der USA mußten taiwanesische Atomforschungszentren schon zweimal Programme zur

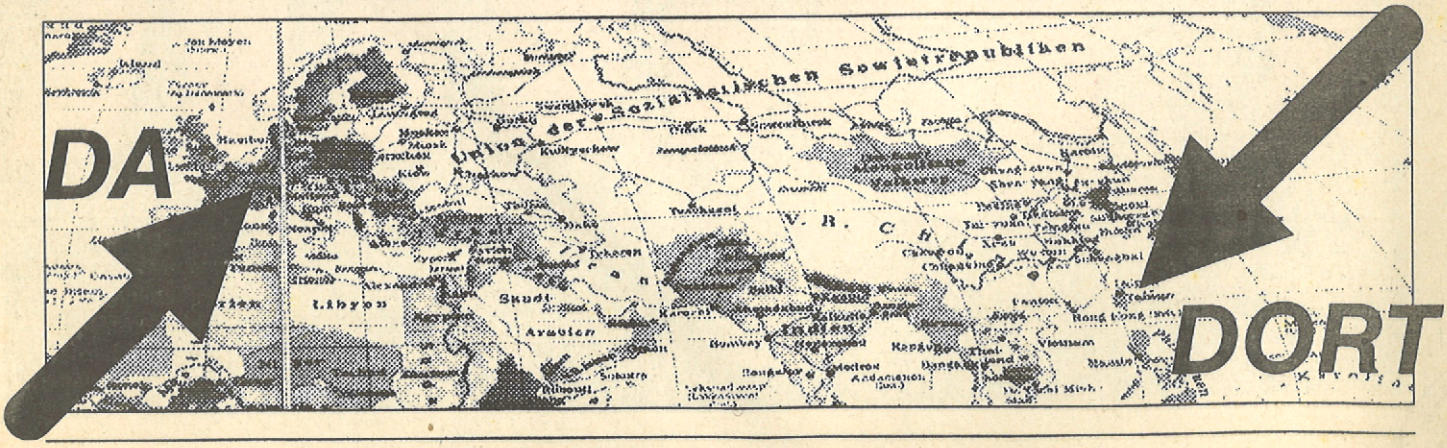
## Die Atom-Lobby

Das versuchte Vöest-Engagement in Taiwan ist leider kein Einzelfall. In der Vergangenheit waren es Vöest und Andritz in Argentinien (Atucha) und Brasilien (Angra dos Reis), Waagner Biro in Mexiko (Laguna Verde) oder die Schalungstechnikfirma Doka bei dutzenden Projekten (Kalkar, Wackersdorf, etc.), die sich auch bei Schrottreaktoren nicht zurückhalten konnten. Erst 1991 dementierte die Vöest erneut ein Gerücht, daß sie bei Temelin mitbieten will. Undementiert ist, daß die Maschinenfabrik Andritz nach wie vor im Atomgeschäft tätig ist.

Zu den laufenden Atomgeschäften gehören die Stromimporte der Verbundgesellschaft, u.a. aus Tschechien, der Slowakei und der Ukraine, wo Tschernobyl noch immer in Betrieb ist.

Die Waagner Biro, die im Manager-Neusprech jetzt AE&E (Austrian Energy & Environment) heißt, meldete im April 1992 ihr Interesse an AKW-Projekten in Asien. Darauf deuten auch die seit Jänner 1993 laufenden Verhandlungen über eine Kooperation zwischen der AE&E und der Lentjes, die auch in Taiwan mitbietet, hin.

*Eh ganz weit auseinander: Österreich (linker Pfeil) und Taiwan (rechter Pfeil)*



Aufarbeitung von Atommüll für Bomben beenden und vernichten.

Doch auch ohne militärische Komponente haben es die AKWs in sich. Taiwan ist eines der dichtbesiedeltsten Länder der Welt. Zwei der drei bestehenden AKWs sind weniger als 20 Kilometer von der Hauptstadt Taipeh entfernt und liegen in einer Erdbebenzone am Rande des aktiven Vulkans Ta-Tun. Austretendes radioaktives Wasser aus Shihmin Hsiang und ein Brand 1985 in Maanshan sind nur einige der häufigen Pannen.

Große Probleme gibt es auch mit dem Atommüllager in Lan Yu auf Orchid Island. Die Insel wird von den UreinwohnerInnen, den Yami, bewohnt, die sich massiv gegen den laufenden Betrieb und die geplante Verdoppelung der Kapazität. Bis 1990 waren in Lan Yu schon 70.000 Atommüll-Fässer deponiert, ohne daß es irgendeine unabhängige Kontrolle gäbe. Die indigene Bevölkerung Taiwans wird rechtlich nicht anerkannt, hat keine Rechte auf Landbesitz und ihr Lebensraum, die Bergregionen, ist in der Regel militärisches Sperrgebiet unter militärischer Kontrolle und Gerichtsbarkeit.

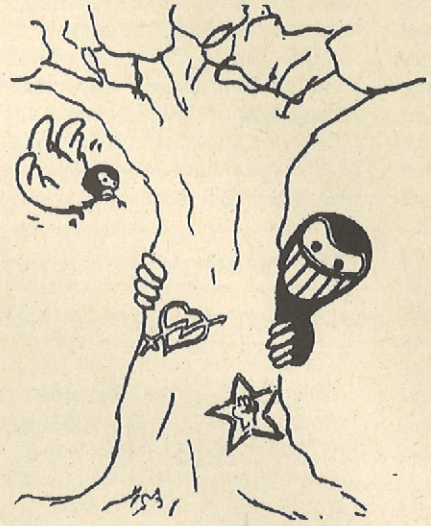
Trotz der permanenten Repression ist seit Tschernobyl und dem Brand in Maanshan 1985 die Anti-AKW-Bewegung stark im Anwachsen. Bis jetzt konnte sie ein neues AKW verhindern. Die KMT-Technokraten heuerten zeitweise sogar die britische Werbefirma Ogilvy & Mather für eine Kampagne an, weil sie sich nicht mehr zu helfen wußten. Doch nun ist Hilfe aus Österreich in Sicht.

## 10. Dezember 1993:

# Klimabündnis-Aktionstag

TATblatt-Wien

Der erste weltweite Klimabündnis-Aktionstag am 15. Mai '93 war ein großer Erfolg: in mehr als 250 Städten in 51 Ländern fanden Aktionen statt, die lokale Umweltprobleme mit der globalen Klimaveränderung in Verbindung brachten.



Der 10. Dezember, der UN-Tag der Menschenrechte, wurde als zweiter weltweiter Klimabündnis-Aktionstag gewählt, um die Verbindungen zwischen Menschenrechten, Entwaldung und Klimaveränderung herzustellen.

Damit auch der 2. Aktionstag ein Erfolg wird (oder vielleicht ein noch größerer), sind möglichst viele Aktivitäten gefragt. WelcheR etwas plant, sollte die "International Coordination, December 10; Service Center for Development Cooperation (Kepa)" (Frederikinkatu 63 A 8, 00100 Helsinki, Finland; Tel: -358-0-6944233, Fax: -358-0-6941786) darüber informieren.

Für alle teilnehmenden Gruppen gibt es um den 10. November eine Aussendung mit Infos, was am 10. Dezember weltweit so passieren wird.

# Schüssel ortet...

laut "Presse" anläßlich eines inoffiziellen Besuchs in Taiwan im Oktober 1992 neue Geschäftsmöglichkeiten für österreichische Firmen, u.a. den Bau von Tunnels, Autobahnen und Stahlwerken. Allerdings hatten andere schon vor dem Minister für betonierte Angelegenheiten Chancen für das Grobe geortet.

Im Februar 1990 berichtet die IW-Internationale Wirtschaft der Bundeswirtschaftskammer, daß sich die Militärs beim Bau einer unterirdischen Verteidigungsanlage mit Flugzeugabstellplätzen, Truppenunterkünften, Lagerplätzen, einem Spital und einem Wasserreservoir an Österreich erinnerten. Das Lager wurde auf einer Erdbebenlinie errichtet, und nach eingehender Prüfung erschien dem Verteidigungsministerium und der Luftwaffe "die Neue Österreichische Tunnelbaumethode als die sicherste Weise, das Mammutprojekt zu verwirklichen".

Schon länger zeigen Elin und Vöest in großem Stil, was es heißt Strom aus Wasserkraft zu erzeugen. Praktisch alle Fischpopulationen des Landes sind durch Dämme schwer geschädigt.

Doch auch wo es kräftig stinkt, sind österreichische Firmen nicht weit. AEG-Österreich errichtete ein Industriekraftwerk für die Formosa Plastic Group, die seit vehementen Protesten der Bevölkerung gegen die Umweltverschmutzung durch den Betrieb offen über eine Auslagerung in die VR China nachdenkt.

Und damit das Volk hier (Österreich) wie dort (Taiwan) nicht zu aufmüpfig wird, gibt es die Kooperation der Polizei. Im Oktober besuchten der Generaldirektor im Innenministerium und der Fremdenpolizeichef aus Taiwan ihre Kollegen in Österreich (Sektionschef Sika), sowie die Bundespolizeidirektion Wien (Bögl) und das Gendarmerieeinsatzkommando in Wr. Neustadt. "Die Gäste aus der Republik China zeigten größtes Interesse an der österreichischen Art der Bewältigung von Sicherheitsproblemen und an den dafür zur Verfügung stehenden Ressourcen".

TATblatt

macht Druck!!!

seit 1.9. in

Offsetqualität

Mo - Do: 15 - 18 Uhr

Gumpendorferstr. 157/11

1060 Wien

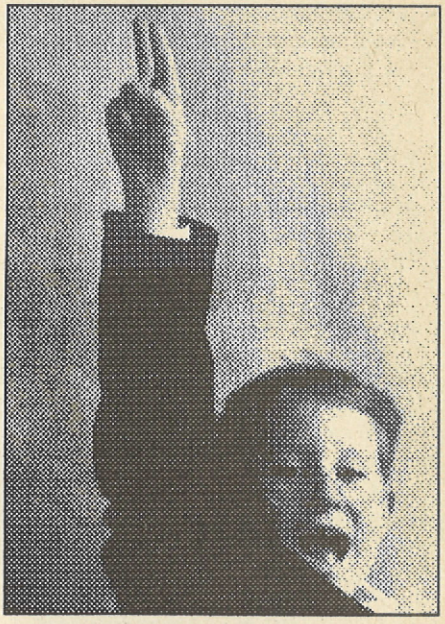
Tel.: 56 80 78

FAX: 56 80 784

## Der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union

# Europa über alles

*Am 1. November 1993 ist er nach einigen Schwierigkeiten und Verzögerungen also doch noch in Kraft getreten: der "Vertrag über die Europäische Union", besser bekannt unter dem Namen der Stadt seiner Unterzeichnung, Maastricht.*



*alle Illustrationen zu diesem Artikel entnommen aus: "Das Buch", herausgegeben vom Bundeskanzleramt, Staatssekretariat für Integration und Entwicklungszusammenarbeit*

TATblatt-Wien

Am 2. Juni 1992 war dieser Vertrag gehörig ins Wanken gekommen, als sich 50,7% abstimmender DänInnen (bei einer Beteiligung von 80%) dagegen ausgesprochen hatten. Da eine Ratifizierung [zu deutsch ~Bestätigung, Genehmigung] des Vertrags in *allen* Mitgliedsstaaten erfolgen mußte, hätte die Beachtung dieses Volksentscheids zwangsläufig das Ende des Vertragswerkes bedeuten müssen. Aus diesem Grund beschloß der Europäische Rat (die Regierungs- bzw. Staatsoberhäupter der Mitgliedsstaaten) beim Edingburgher Gipfeltreffen im Dezember 1992 ein paar kosmetische Operationen, woraufhin die DänInnen, während die meisten anderen Staaten auf Abstimmungen sicherheitshalber überhaupt verzichteten, ein zweites mal zu den Wahlurnen zitiert wurden. Diesmal verhielten sie sich aber brav, und entschieden ganz so, wie es von ihnen erwartet wurde.

Mit ein paar juristischen Verrenkungen wurde dann noch rasch eine Verfassungsgerichtshofbeschwerde in Deutschland abgeschmettert und so stand der Gründung der Europäischen Union zu schlechter letzt schließlich nichts mehr im Wege.

Was bringt diese aber nun wirklich mit sich?

## Die Europäische Union

Schon 1989 hatte die EG-Kommission (gewissermaßen die EG-Regierung) Verhandlungen über eine EWG-(Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft) -Vertragsreform in Hinblick auf die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungs-Union (WWU) beschlossen. Gleichzeitig forderte das Europäische Parlament (EP) auch politische Reformen, die endlich einmal auch ihm Mitentscheidungskompetenzen bei der Rechtsetzung und anderen wichtigen Entscheidungen einräumen sollte. In der Folge wurden zwei parallele Regierungskonferenzen abgehalten, die schließlich am 7. Feber 1992 in die Unterzeichnung des Vertrags über die Europäische Union mündeten.

Da der Vertrag sowohl die Politische Union als auch die Wirtschafts- und Währungs-Union beinhaltete, mußten die Mitgliedsstaaten beides gleichzeitig ratifizieren. Ein Entweder-oder gab es nicht. Zukünftig neu hinzukommende Mitglieder können selbstverständlich nicht mehr über den Maastrichter Vertrag abstimmen, sondern müssen die Krot' alsa ganza fressen.

Bildlich dargestellt stellt diese zweiteilige Europäische Union ein zusätzliches Dach über die weiterhin bestehenden Europäischen Gemeinschaft*en* (das sind: 1. die nun in "Europäische Gemeinschaft" [EG] umbenannte ehemalige "Europäische Wirtschaftsgemeinschaft" [EWG], 2. die "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl" [EGKS] und 3. die "Europäische Atomgemeinschaft" [EURATOM]) dar.

## Die Wirtschafts- und Währungs-Union (WWU)

Die WWU soll in drei Stufen verwirklicht werden, wobei die erste Stufe bereits erklommen ist, das Besteigen der zweiten für den 1. Jänner 1994 geplant ist, und die dritte für den 1.1.1999 ins Auge gefaßt wird. Auf den ersten beiden Stufen sollen gewissermaßen die institutionellen Voraussetzungen für die dritte Stufe geschaffen werden, etwa die Errichtung des Europäischen Währungsinstitutes, das dann 1999 in die Europäische Zentralbank umgewandelt werden soll. Spätestens mit Erreichen der dritten Stufe verlieren die Mitgliedsstaaten ihre währungspolitische Souveränität, die einzelnen National- und Notenbanken geben ihre Aufgaben an die Europäische Zentralbank ab und existieren höchstens noch als deren Erfüllungsgehilfen weiter. Als einheitliche Währung tritt dann der ECU in Erscheinung.

Zum Besteigen dieser dritten Stufe ist allerdings die Erfüllung der "Konvergenzkriterien" Bedingung:

- Preisanstieg höchstens 1,5 Prozentpunkte über den 3 stabilsten Ländern
- Staatsschulden höchstens 60 Prozent der Wirtschaftsleistung
- Haushaltsdefizit höchstens drei Prozent der Wirtschaftsleistung

Darüber, wieviele Länder diese Kriterien derzeit erfüllen, gehen die Anschauungen etwas auseinander. Laut einer "Globus"-Grafik vom September 1992 entsprechen nur Frankreich und Luxemburg diesen Ansprüchen, andere Quellen behaupten, daß kein Land die Kriterien erfüllt, wieder andere befinden auch Dänemark als akzeptabel. Als einziges EFTA-Land würde, so behauptet zumindestens "Das Buch", eine EG-Jubelbroschüre des Bundeskanzleramts, — erraten: — Österreich die Bedingungen erfüllen. Als wahrscheinliche Lösung dieses Dilemmas zeichnet sich das "Europa der zwei oder mehr Geschwindigkeiten" ab, wonach nicht alle Mitgliedsstaaten gleichzeitig auf die dritte Stufe kraxeln würden. Zusätzlich mag es möglicherweise zu einer Lockerungen der Konvergenzkriterien kommen. Es haben sich jedoch auch einzelne Mitgliedsstaaten (Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Dänemark) vorbehalten, möglicherweise gar nicht weiter als bis auf die zweite Stufe steigen zu wollen.

Jedenfalls bedarf es für die Europäische Union einer einheitlichen starken europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik, um im Konkurrenzkampf mit den USA dem Dollar den Rang als internationale Leitwährung streitig machen zu können.

## Die Politische Union und das "Demokratiedefizit"

Das Europäische Parlament ist das einzige Organ der EG, welches in direkten Wahlen von den GemeinschaftsbürgerInnen gewählt werden kann. Die Kompetenzen des EP beschränken sich jedoch fast nur auf unverbindliche beratende Tätigkeiten. Daran hat sich auch mit Inkrafttreten der Europäischen Union nicht viel geändert.

Nach wie vor kann jedes Rechtsetzungsverfahren ausschließlich von der Kommission (die aus 17, von den Regierungen der Mitgliedsstaaten bestimmten Mitgliedern

besteht) ausgehen, indem diese einen "Vorschlag" erarbeitet. Neu ist lediglich das Recht des EP, zu solchen Vorschlägen "aufzufordern".

Die Abstimmung über solche Vorschläge der Kommission erfolgt nicht, wie vielleicht aufgrund der Erfahrungen mit westeuropäischen Parlamenten angenommen werden könnte, im EP, sondern im Rat (bestehend aus den MinisterInnen der Mitgliedsstaaten). Der Rat muß das EP lediglich vorher "anhören". Eine ablehnende Stellungnahme des EP macht zwar alles viel komplizierter, hat aber praktisch keine zwingenden Auswirkungen. Mit dem Vertrag von Maastricht besteht jedoch erstmals eine theoretische Möglichkeit für das EP, einen Rechtsakt tatsächlich auch endgültig zum Scheitern bringen zu können. Im großen und ganzen hat sich aber nicht viel geändert.

Die in den westeuropäischen bürgerlichen Demokratien wie auch wohl fast überall auf der Welt so gern strapazierte Floskel von dem Recht, welches angeblich immer vom Volke ausgeht, kann auf die EG nach wie vor nicht einmal theoretisch angewendet werden. Die EG erfüllen also nicht einmal die ohnehin nicht so sonderlich weitgehenden, verbaldemokratischen Ansprüche ihrer Mitgliedsstaaten. Zugegebenermaßen könnte dies auch irgendwie als Verzicht auf die üblichen Augenauswischerein gewertet werden. Bloß werden dadurch weder die Entscheidungsfindungen sonderlich effizient (was im Interesse der EG liegen würde), noch die wahren Machtverhältnisse transparent (was vielleicht uns was bringen könnte).

Eine in den westeuropäischen Demokratien so oft beschworene rechtstaatliche Gewaltenteilung (Rechtsetzung/Legislative beim Nationalrat, Vollziehung/Exekutive bei der Regierung, Rechtsprechung/Judikative bei den Gerichten) ist bei den EG ebenfalls nach wie vor nicht auszumachen. So übt die Kommission exekutive, judikative und in bestimmen Fällen auch legislative Tätigkeiten aus. Der Rat, der die Gesetze beschließen muß, also das eigentliche Legislativorgan darstellt, setzt sich aus MinisterInnen, also den nationalen Exekutiven zusammen. Das Parlament spielt keinerlei exekutive, sondern im besten Fall eine beratende Rolle. Und der Europäische Gerichtshof, der in erster Linie judikative Aufgaben verfolgt, ist in seinen zahlreichen Erkenntnissen auch ziemlich legislativ unterwegs.

## Neue Bereiche

Da die Europäische Union sehr umfassend ist, konnte — glücklicherweise — noch nicht in allen Bereichen vollständige Einigung erzielt werden. So gibt es "supranationale" Bereiche, also solche, deren Befugnisse fortan ausschließlich bei der Europäischen Union liegen, deren Beschlüsse zwingend, unmittelbar, allgemein, gewissermaßen automatisch in allen Mitgliedsstaaten gelten, auch ohne daß sie in die nationalen Gesetze aufgenommen werden müssen, und ohne daß nationale Parlamente Ausnahmen anordnen oder für sich in Anspruch nehmen können. Die diesbezüglichen Bestimmungen haben als primäres Gemeinschaftsrecht Vorrang vor allen möglicherweise widersprechenden nationalen Gesetzen, und seien es auch Verfassungsgrundsätze. Darunter fallen die WWU, ein paar der neuen Politikbereiche, wie Umwelt-, Industrie-, Entwicklungs-, Bildungs-, und Verkehrspolitik, sowie nicht zuletzt die "Unionsbürgerschaft" (alle StaatsbürgerInnen von Mitgliedsstaaten sind zugleich auch BürgerInnen der Europäischen Union, dürfen sich innerhalb aller Mitgliedsstaaten bewegen, und, so sie dort wohnen, auch aktiv und passiv an Kommunalwahlen und an Wahlen zum Europaparlament teilnehmen).

Die "Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" wird zwar innerhalb der Unions-Institutionen, jedoch nicht nach Gemeinschaftsrecht, geregelt, und hat damit nicht jene weitgehenden supranationalen Qualitäten. Die Mitgliedsstaaten haben die Außen- und Sicherheitspolitik der Union jedoch "aktiv und vorbehaltslos im Geist der Loyalität und gegenseitigen Solidarität" (1) zu unterstützen. Wenn der Rat die Festlegung eines Gemeinsamen Standpunktes als erforderlich erachtet, so haben die Mitgliedsstaaten ihre Politik damit in Einklang zu bringen.

Die 1954 als kollektiver Beistandspakt gegründete "Westeuropäische Union" (WEU) soll, obwohl Dänemark, Griechenland und Irland nicht Mitglied der WEU sind, "als Verteidigungskomponente der Europäischen Union und als Mittel zur Stärkung des europäischen Pfeilers der Atlantischen Allianz (NATO; Anm. TATblatt) entwickelt"(2) werden. Dazu ist eine engere Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Westeuropäischen Union geplant. Ein erstes eigenes Eurokorps für eine zukünftige eigene Europaarmee wurde bereits aufgestellt.

Für den Bereich der Innen- und Justizpolitik wurden überhaupt lediglich die Formen der künftigen Zusammenarbeit festgelegt. Die Mitgliedsstaaten sollen einander im Rat unterrichten, um ihr Vorgehen zu koordinieren. Der Rat kann, auf Initiative eines Mitgliedsstaates, gemeinsame Standpunkte, Maßnahmen und auch Übereinkünfte ausarbeiten, die jedoch in den einzelnen Mitgliedsstaaten einzeln in nationales Recht umgewandelt werden müssen.

Bei der Aufzählung der Angelegenheiten von gemeinsamen Interesse in den Bereichen Justiz und Inneres rangiert die Asylpolitik auf Platz 1, gefolgt von der Überschreitung der Außengrenzen, der Einwanderungspolitik, Drogenabhängigkeit, internationale Betrügerein, Zivilsachen, Strafsachen, dem Zollwesen, und zuletzt des Terrorismus, des Drogenhandels und "schwerwiegenden Formen der internationalen Kriminalität". Dafür soll ein unionsweites System zum Austausch von Informationen im Rahmen eines Europäischen Polizeiamts (Europol) aufgebaut werden.

## Europa der Regionen

Mit dem Vertrag von Maastricht wurde auch ein neues EG-Organ erfunden: Der "Ausschuß der Regionen", der in bestimmten Fällen beratend wirken soll. Interessenskonflikte sind dabei schon vorprogrammiert, weil Regionen je nach Mitgliedsstaat anders definiert und mit unterschiedlichen Aufgabengebieten ausgestattet sind. Was aber eigentlich auch egal ist, da der Einfluß dieses neuen Organs ohnehin minimal sein wird.

Ein neu formuliertes "Subsidiaritätsprinzip" legt fest, daß in jenen Bereichen, die nicht in die ausschließliche Zuständigkeit der Gemeinschaft fallen, die Gemeinschaft nur dann tätig werden soll, wenn die Verwirklichung der Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedsstaaten nicht ausreichend erreicht werden kann. Womit eigentlich gar nichts gesagt ist.

Alles in allem stellt der Vertrag von Maastricht einen wichtigen Schritt in einer Entwicklung dar, die aber ohnehin längst schon im Gange ist. Einer Entwicklung der Stärkung der Europäischen Union in Richtung einer zentralistischen hochentwickelten Wirtschaftsmacht, in der dem grenzenlosen Wirtschaftswachstum alles geopfert wird, was sich ihm in den Weg stellt, seien es die ohnehin nicht sonderlich weitgehenden bürgerlich-demokratisch-rechtstaatlichen Grundwerte, seien es die nicht voll funktionsfähigen Rädchen im Getriebe, die einer steigenden Arbeitslosigkeit anheim fallen, seien es Menschen aus "Drittstaaten", die an den Außengrenzen der Festung Europa anrennen, oder seien es die Millionen Menschen in den abhängigen Länder, die die verschärften Marktzutrittsbeschränkungen des Binnenmarktes ausbaden dürfen,... aber das ist wieder eine andere Geschichte.

Fußnoten:
(1) Art. J.1 (4) der Bestimmungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
(2) aus der Erklärung der WEU-Mitgliedsstaaten zur Rolle der WEU (...) in der Schlußakte zum Vertrag über die Europäische Union

# Zwischen 1. und 2. Republik

*In letzter Zeit reden immer mehr PolitikerInnen über das Thema "Neutral in die EG". Österreich muß aber bei einem Beitritt den Vertag von Maastricht ratifizieren, und das bedeutet, daß es auch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik unterstützen muß. KeineR der braven(?) PolitikerInnen sagt, daß damit der österreichische Staat seine Souveränität verliert, und die Neutralität nicht mehr möglich ist.*

TATblatt-Wien

Am 26. Oktober, also rechtzeitig zum fünfjährigen Bestehen des TAT*blatts* feierte ganz (?) Österreich zum Nationalfeiertag den Beschluß des Bundesgesetzes zur **immerwährenden Neutralität** Österreichs durch das damalige Parlament, wie auch Bundeskanzler *Franz Vranitzky* bei einer Sondersitzung des Ministerates zum Nationalfeiertag erwähnte.

Der Bundeskanzler sagte auch, daß die österreichische Neutralität in der EG genau so bedeutend sei wie jetzt, obwohl er weiß, daß Österreichs Zustimmung zur EG auch die Zustimmung zum Ende der Neutralität bedeuten würde, wie dies auch der Kärtner Landeshauptmann Christof Zernatto anklingen ließ (Neutralität in ihrer bisherigen Form überholt).

Zernatto äußerte sich auch positiv zu einer Neudefinition der österreichischen Sicherheit und hielt fest, daß ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem *"keine Einbahnstraße"* sei, und Österreich bereit sein müsse, anderen zu helfen (Also dann auf zu den Waffen, Anm. d. Red.).

In Hinblick auf das neue Europa erinnerte er auch an die 1945 von Bundeskanzler Leopold Figl gesprochenen Worte *"Glaubt an dieses Österreich"* und interpretierte die Worte des damaligen Bundeskanzlers aus heutiger Sicht: *"Glaubt nicht nur an dieses Österreich, glaubt auch an dieses Europa."*

Ich will aber nicht 48 Jahre warten, um diese Worte zu interpretieren, und tue dies schon jetzt. Die Worte Zernattos können auch so verstanden werden: *"Vergeßt dieses Österreich, glaubt an Europa!"*

Bundespräsident Thomas Klestil bezog sich in seiner Rede auf die kommenden Nationalratswahlen und warnte vor allzu optimistischen Informationen über unsere Zukunft. Wenn wir (wer sind wir?, Frage d. Red.) anderen den Begriff Östereich klar machen wollen, *"dann müssen wir uns zuerst einmal selbst über unseren neuen Standort in Europa im klaren sein, dazu brauchen wir möglichst genaue Auskünfte darüber, was in den kommenden Jahren auf uns zukommt"*.

Dazu will ich ein eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmtes Papier der *Europäischen Demokratischen Union* (EDU, Vorsitz: Alois Mock) erwähnen, welches in der akin Nr.30/20.Jg. vorgestellt wurde:

Aus diesem Papier geht hervor, daß eine EG-Vollmitgliedschaft Österreichs bis 1995 möglich sei. Es soll erreicht werden, daß das Volk zuerst abstimmt, ob es zur EG will, und erst danach über die Bedingungen geredet wird.

Es soll nicht über die Gesamtänderung der Bundesverfassung durch die EG-Bestimmungen, sondern nur über die Aufnahme eines *"Beitrittsgesetzes"* in die Verfassung abgestimmt werden.

Nach dem Bericht der Bundesregierung über das Verhandlungsergebnis beschließt das Parlament ein Bundesverfassungsgesetz (Beitrittsgesetz), womit der Bundesregierung der Auftrag zur Vorlage eines EG-Beitrittsvertrages auf der Grundlage der erzielten Verhandlungen gegeben wird. Dieses BVG muß der Volksabstimmung unterzogen werden.

Inhalt dieses Bundesgesetzes:

- *Auftrag an die Bundesregierung, aufgrund der Verhandlungsergebnisse einen Vertrag mit der EU vorzubereiten, wodurch Österreich Mitglied der EU wird.*
- *Der Vertrag muß vom Parlament nach Art.50/2 BVG genehmigt.*
- *Die Übertragung von Kompetenzen an die EG-Organe wird genehmigt.*
- *Das Bundesverfassungsgesetz (Beitrittsgesetz) ist einer Volksabstimmung zu unterziehen. Gleichzeitig wird auch der HBP beauftragt, den Beitrittsvertrag zur EU ohne weitere Volksabstimmung abzuschließen und zu beurkunden.*

Der Art. 50/2 BVG sagt: *"Anläßlich einer Genehmigung eines unter Absatz 1 fallenden Staatsvertrags kann der Nationalrat beschließen, daß dieser Staatsvertrag durch Erlassung von gesetzen zu erfüllen ist."*

Das heißt im Klartext, daß das Volk lediglich gefragt wird, ob es prinzipiell für oder gegen die EG ist. Es muß so vorher kein fertiges Verhandlungsergebnis präsentiert werden. Wird es doch präsentiert, heißt das noch lange nicht, daß dieses Ergebnis auch wirklich endgültig ist. Der Regierung wird damit völlig freie Hand gelassen, was sie für den Beitritt zur EG für unerläßlich hält und was nicht.

Um dies alles ohne Aufsehen zu ermöglichen, ist es notwendig, die Beratung im Ministerat und in den Ausschüssen, sowie das Begutachtungsverfahren zu umschiffen. Aber auch daran hat mensch bei der Politischen Akademie der EDU gedacht:

*"Dieses Beitrittsgesetz sollte nicht als Regierungsvorlage (Begutachtung!), sondern als Initiativantrag von den Regierungsparteien eingebracht werden."*

Dem Volk wird also das Recht genommen, über die entscheidenden Dinge abzustimmen.

*Bundespräsident Thomas Klestil* dürfte sich dies anscheinend zum Nationalfeiertag ins Bewußtsein gerufen haben und äußerte sich kritisch darüber, daß Herr Österreicher und Frau Österreicherin nicht mehr imstande sind, über das abzustimmen, was konkret zu entscheiden ist, sondern nur mehr Denkzettel für die Politiker verteilen. Er sagte wörtlich: *"...dann führt dies letztlich zur politischen Lähmung und zur Aushöhlung der Demokratie."*

Fraglich ist nur, wie mensch imstande sein soll, über das abzustimmen, was konkret zu entscheiden ist, wenn er/sie gar nicht danach gefragt wird.

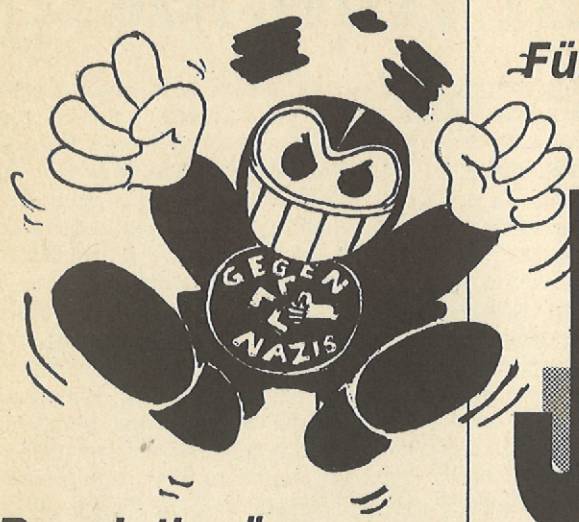
Zu Wahlen sei noch zu sagen, daß vor 61 Jahren in Deutschland bei demokratischen Wahlen die NSDAP an die Macht kam und in weiterer Folge Adolf Hitler zum Reichskanzler wurde.

1938 wurde Österreich annektiert und so lag zwischen der 1. und der 2. Republik...

**das 3. Reich**

Haider in seiner Rede zum 26. Oktober wörtlich (lt. APA 029 von 26.Okt 93): *"Für uns Freiheitliche ist die erste und zweite Republik und alles was dazwischen war eine historische Gemeinsamkeit, zu der wir uns in guten wie in schlechten Phasen vorbehaltlos bekennen, und auch den Mut haben, aus den Fehlern die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen, damit dieses Österreich die finsteren Stunden der wechselvollen Geschichte nicht mehr erleben muß."*

Jeder weitere Kommentar zum Standpunkt Jörg Haiders und seiner FPÖ würe überflüssig!




## Revolutionäre Zellen:

# Anschlag auf Festung Europa

Communique der Revolutionären Zellen anlässlich einer Aktion gegen die Festung Europa.

Nachdem das bundesrepublikanische Asylrecht zum 1. Juli 1993 außer Kraft gesetzt wurde, geht es den HERRschenden darum, die Zuwanderung von Flüchtlingen an den EG-Außengrenzen zu stoppen. Die Maßnahmen dazu werden im Rahmen des Schengener Abkommens vereinheitlicht. Ein Bestandteil dieses Vorgehens ist die Vorverlagerung der Grenzkontrollen in Richtung Osten. So zahlt zum Beispiel 120 Mill. DM an die Polnische Regierung für die Verstärkung der Kontrollen an der polnischen Ostgrenze. Darüberhinaus wurde der Bundesgrenzschutz (BGS) personell aufgestockt. 1500 sogenannte Polizeiliche Hilfskräftewurden Anfang 1993 vom BGS in den an Polen und die Tschechische Republik grenzenden Ortschaften zur Unterstützung und für die Überwachung der Grenzen angeworben. Parallel dazu wird die technologische Aufrüstung des BGS betrieben. Zur Zeit werden mobile Radar und Infrarotgeräte auf ihre optimale Eignung für das Aufspüren die Grenze überschreitender Flüchtlinge getestet. Nacht für Nacht fahren BGS'ler an der deutschen Ostgrenze Streife auf der Jagd nach denjenigen, denen es immer noch gelingt die Grenze zu überwinden.

In der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober haben wir die Stromversorgung der BGS-Kaserne in Frankfurt/Oder gesprengt und die BGS-Fahrzeuge am Flughafen Rotenburg in Brand gesetzt.

Für freies Fluten

## Aufforderung an den Nationalrat:

# Für Änderung von Aufenthalts-, Asyl- und Bundesbetreuungsgesetz

# JETZT!

TATblatt-Wien

Dieser Ausgabe des TATblatts liegt eine Unterschriftenliste bei, in der die Änderung zB. des Asylgesetzes, des Aufenthaltsgesetzes oder des Gesetzes über die Bundesbetreuung gefordert wird. Anlaß für diese Aktion — geben wir zu — ist so etwas wie "persönliche Betroffenheit": Mitte September dieses Jahres wurde der Asylantrag des Kurden Nuri Diyaroglu vom Innenministerium abgelehnt. So etwas passiert in Österreich mehrmals täglich....

Für viele von uns war diese Ablehnung genau eine zuviel: Auch wenn wir in fast jedem TATblatt über die Auswirkungen der rassistischen Sondergesetze berichten, ist es eben noch einmal etwas anderes, wenn es jemanden betrifft, den du ganz persönlich und noch dazu sehr gut kennst! Das war der "Kick"...

Aufhänger ist der Fall Nuri's: Organisiert in einer legalen Jugendorganisation wird er nach dem Militärputsch in der Türkei 1980 verhaftet, gefoltert und schließlich zu 5 1/2 Jahren Häfen verurteilt. Eine vorübergehende Freilassung nutzt Nuri, um die Identität zu wechseln. Nach einigen Jahren der faulen Freiheit in einem faschistischen Staat merkt Nuri, daß immer mehr seiner Freunde verschwinden; verhaftet und gefoltert werden. Er haut ab!

In Österreich sind die Behörden daran interessiert, ihn möglichst schnell wieder los zu werden: Ihrer Ansicht nach sei Nuri Mitglied der Organisation "Devrimci Sol" (Revolutionäre Linke) gewesen; einer Organisation, der rasch der Mantel "terroristisch" umgehängt wurde, weil sie auch den bewaffneten Kampf in der Türkei aufgenommen hat. Und diese mit allen Mitteln zu bekämpfen, steht im ablehnenden Bescheid, sei geradezu geboten.

Zu "Devrimci Sol" werden nach Brauch der türkischen MachthaberInnen auch Menschen gezählt, die in legalen Vereinen organisiert sind: In Stadtteilkomitees, Frauenvereinigungen, Rechtshilfevereinen, Gewerkschaftssektionen oder Jugendgruppen.

Diese Deutung der gesellschaftlichen Realität in der Türkei hat sich das österreichische Innenministerium zu eigen gemacht. Eine Argumentation, die ihre Sympathie für die Folterer der türkischen Polizei und die Pogrom-Betreiber der türkischen Armee immerhin nicht versteckt...

Nuri, der bei und mit uns arbeiten will (auch unser Antrag auf Arbeitserlaubnis wurde abgelehnt; Berufung läuft), droht die Abschiebung in die Türkei. Was ihn dort als angeblichen "Terroristen" erwartet, wissen wir: Häfen, Folter, und — nicht unwahrscheinlich — der Tod!

Die Unterschriftenliste, die an den Petitionsausschuß des Nationalrats geht, soll die persönliche Betroffenheit und die generelle Ablehnung der Sondergesetze verbinden: Die Forderungen betreffen ALLE AsylwerberInnen und ALLE Asylverfahren.

Wir glauben nicht, diese Gesetze mit Unterschriftenlisten zu Fall bringen zu können. Die Listen können aber ein Steinderl eines breiten Widerstandes gegen Rassismus sein.

Die Petition betrifft vor allem die Situation der AsylwerberInnen, d.h.: Sie bekämpft nur einen Teil des "rassistischen Normalzustandes". Weitergehende Steinderln, konkrete, praktische Aktionen, müssen folgen; und da werden wir uns sicher nicht ausnehmen. Auch viele Steinderln können ganz schön weh tun, wenn sie nur richtig geworfen werden.

Das Ziel ist bekannt...!

Bitte helft uns, Unterschriften zu sammeln! Sendet die Listen (auch nicht vollständig ausgefüllte!!!) bis 30.November an das
TATblatt, Gumpendorfer Straße 157/11, A-1060 Wien

# Brandanschläge in Vorarlberg

NN

Seit 20 Jahren lebt und arbeitet der Bosnier Nacif Razman in Österreich. Am 15. 10. ist er und seine Familie nur knapp einem Brandanschlag entgangen. "Mir geht es nicht in den Kopf, wie Menschen so etwas machen können. Die haben kein Herz und keine Seele", meint Razman fassunglos. Der Schrecken steckt ihm noch in den Knochen. Und er hat Angst. "Zuerst haben wir

knistern gehört, dann haben wir durch die Glasscheiben in der Haustüre die Flammen gesehen", berichtet Razman. Das war der zweite Anschlag in dieser Nacht in der ansonsten idyllischen Klein-Gemeinde Schwarzach in Vorarlberg. Wenige Stunden zuvor hatte es bei einem Brandanschlag in einer GastarbeiterInnenunterkunft zwei Verletzte gegeben. Eine Frau war in Panik aus dem ersten Stock gesprungen, ein Kind hatte eine Rauchgasvergiftung erlitten. "Ich wollte gerade auf die Toilette. Das ganze Stiegenhaus war voller Rauch", erzählt Mathilde Marinkoic. "Ich habe die Kinder geweckt und dann mit einem Eimer Wasser versucht, das Feuer zu löschen."

Eine fünfköpfige Sonderkommission der Vorarlberger Sicherheitsdirektion sucht nun nach dem Täter. Dieser hatte die Häuser mit einer sehr primitiven Art Molotow-Cocktails — als Gefäß wurden unhandliche Doppler-Flaschen und als Zünder Papier verwendet — angesteckt. "Das weist schon sehr stark auf eine politisch motivierte Tat hin", gesteht der Vorarlberger Sicherheitsdirektor Elmar Marent. Die beiden Brandanschläge von Schwarzach waren nicht die ersten Brandstiftungen. In den letzten einenhalb Jahren wurden nach Auskunft der Sicherheitsdirektion 15 GastarbeiterInnenunterkünfte und -lokale in Vorarlberg angezündet: Am 16. September dieses Jahres sind in Götzis gleichzeitig zwei alte, von GastarbeiterInnen bewohnte Bauernhäuser in Flammen aufgegangen. Die BewohnerInnen, sechs Erwachsene und sieben Kinder, konnten sich im letzten Moment in Sicherheit bringen. Die drei GastarbeiterInnenfamilien leben seit 15 Jahren in Österreich. Ihr gesamtes Hab und Gut ist verbrannt. Die beiden Häuser standen 50 Meter weit voneinander entfernt. Funkenflug wurde von der Feuerwehrkommandant Albert Karlinger ausgeschlossen. Bereits am 1. Dezember des Vorjahres hatten sich in derselben Ortschaft die acht GastarbeiterInnen nur noch durch einen Sprung aus dem ersten Stock vor den Flammen retten können. Dabei wurde ein Bewohner am Fuß verletzt. Wenige Tage danach wurde im benachbarten Altach im angebauten Schuppen eines 300 Jahre alten Bauernhaus Feuer gelegt. Auch dieses Mal verloren acht GastarbeiterInnen ihr Dach über dem Kopf. In allen diesen Fällen wurden die BrandstifterInnen nie gefunden. Dazu kommen noch unzählige Brände in GastarbeiterInnenquatieren in Vorarlberg, deren Ursache nie eindeutig geklärt werden konnte. Obwohl, wie Marent zugibt, eine politisch motivierte Täterschaft nicht ausgeschlossen werden kann, wurde in diese Richtung gar nicht oder nur sehr zögernd ermittelt.

"Die Art, wie diese Häuser angezündet wurden, paßt nicht zu einer politisch motivierten Tat", meint der Sicherheitsdirektor. Im Klartext: Ein AusländerInnenfeind muß einen Molotow-Coktail verwenden, um als solcher anerkannt und in die Statistik aufgenommen zu werden. Wer die altbewährte Benzinkanister-Methode bevorzugt, gilt als krankhafter Pyromane oder als Versicherungsbetrüger. Jetzt — so Marent — würde unter anderem auch in der rechtsextremen Szene ermittelt. Es gebe einen kleinen Kreis politisch organisierter Rechtsextremer in Voarlberg, die in Frage kommen könnte. Details will Marent nicht bekannt geben. Nur soviel: Diese Leute würden weder zum derzeit inhaftierten Vorarlberger Nazi Walter Ochensberger noch zu Wolfgang Küssels "Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition" (VAPO), die in Bregenz eine Gruppe aufbauen wollte, gehören. Ochensberger wurde im Dezember 1991 wegen Wiederbetätigung nach dem NS-Verbotsgesetz zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Allerdings vergaßen die Behörden ihm seinen Reisepaß abzunehmen, worauf sich Ochensberger vor dem Haftantritt ins Ausland davonmachte und erst im Februar 1993 im deutschen Kiel gefaßt werden konnte. Bekannt ist Ochensberger als ehemaliger Organisator von Wehrsportübungen und vor allem als Herausgeber des weit verbreiteten Nazi-Hetzblattes "Sieg".

"Sieg" wird etwa auch in der wachsenden Vorarlberger Skinhead-Szene gern gelesen, wie die Bregenzer Sozialarbeiterin Gabi Riegler bestätigt. Sie hat in den letzten drei Jahren als "Streetworkerin" mit den Bregenzer Skinheads zu tun gehabt. Zuletzt haben Skinheads wiederholt ausländische Jugendliche und "Punks" geprügelt. Vor dem Bregenzer Jugendhaus "Between", daß vornehmlich von ausländischen Jugendlichen besucht wird, ist es im Frühjahr gar zu einer Massenschlägerei gekommen. "Seitdem hatten wir keine Probleme mehr", berichtet Jugendhaus-Leiter Reinhard Posch. Kürzlich haben Rechtsextreme während eines Fußballspieles im Bodensee-Stadion ungehindert eine Nazi-Flagge ausgebreitet. Die Exekutive war nicht einmal vor Ort. Trotzdem traut Riegler den Skinheads die Brandanschläge nicht zu: "Das ist eine lose Gruppe, die sind nicht wirklich organisiert." "Prinzipiell wäre die Bereitschaft dazu sicher vorhanden", meint dagegen Martin Hagen aus seiner Erfahrung mit dem Umgang von Skinheads als Leiter des Dornbirner Jugendhauses "Kaktus". Nach den Brandanschlägen von Schwarzach aufgerüttelt, will Sicherheitsdirektor Marent jedenfalls "völlig offen in alle Richtungen" ermitteln: "Das ist wie ein Puzzle-Spiel, das zusammengesetzt wird."

*bezahlte Anzeige*

**Und nun: Ein Gedicht**

## Obwohl ...

**... die Su schon längst ist krepiert ... die KP seit ewig dahinvegetiert ... für Fortschritt und RevoluzzerInnenkampf...**
**... es hier zu Lande gibt keinen Dampf ... sei bitte nicht so sehr irritiert ...**

## ... im K.U.K.U. kriegst du noch immer dein Bier serviert!

(Hugo Hempel, 1. Preis im K.U.K.U. Literaturwettbewerb)

**Das PensionistInnenheim für Anarchos, Kummerl und überhaupt alle, die mal etwas werden wollten ...!**
**K.U.K.U. Wien 6, Linke Wienzeile 98**

# Nordzypern: Totalverweigerer in Haft!

## Internationale Unterstützer auf Kaution frei

*Salih Askerioglu ist seit dem 27. September inhaftiert und angeklagt wegen Fahnenflucht und Beleidigung der türkisch-zypriotischen Armee, sowie dem Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung. Mit dem 4. Prozeßtag, dem 26.10. wurde die Zeugenvermehmung abgeschlossen. Am 2.11. folgt der letzte Prozeßtag mit den Plädoyers von Staatsanwältin und Rechtsanwälten. Für die Gerichtsentscheidung gibt es kein bestimmtes Zeitlimit.*

ein paar Kriegsdienstverweigerer

### Ihm drohen:

- Für die Beleidigung des Militärs bis zu zehn Jahre Haft.
- Für den Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung bis zu drei Jahre.
- Für die Fahnenflucht bis zu sechs Monate (da er sich binnen 30 Tagen gestellt hat). Er hat also mindestens eine mehrjährige Haftstrafe zu erwarten.

Salihs Verweigerung ist die erste öffentliche Infragestellung des türkisch-zypriotischen (2.000 Mann) und des türkischen Militärs hier auf Zypern (35.000 Mann). Nicht zuletzt die Wehrpflicht und der zweijährige Wehrdienst tragen zur massiven Abwanderung junger Nordzyprioten bei (1987: Gesamtbevölkerung 165.000, davon 41.500 12 bis 24jährige, also 25 %; 1992: 175.000 Einwohner, 35.000 zwischen 12 und 24 J., also 20,5 %), was durch die forcierte Einwanderung türkischer SiedlerInnen kompensiert werden soll.

Nebst dem ungeheuren Druck auf Salih stellt die kurz nach seiner Verhaftung erfolgte Ausweisung seiner Partnerin Yiotta Nikolay und ihrer beider fünfmonatigen Tochter Melissa in den Süden der Insel eine weitere psychische Belastung für ihn dar. Auch seine Haftbedingungen haben sich insofern verschärft, als FreundInnen zunehmend Besuche verwehrt werden.

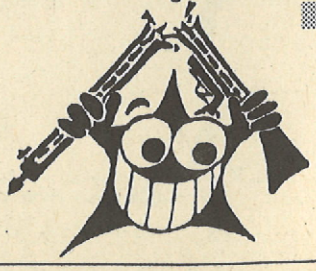
### Unterstützer freigelassen

Wir, die beiden Kriegdienstverweigerer Martin Hantke, Berlin, und Andreas Rabl, Graz, sowie der Fotograf Ahmet Serder Gökasan, wurden am 18.10. in Lefkosia von der politischen Polizei verhaftet. Wir verteilten Flugblätter mit der Forderung nach der Freilassung Sahlis und der Anerkennung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung in der Innenstadt von Lefkosia und vor dem Präsidentenpalast (dort habens sie es wohl Flugis verteilt; die Kriegsdienstverweigerung soll wohl überall anerkannt werden). Wir wurden des Aufrufs zur Kriegsdienstverweigerung bezichtigt, sowie des Eingriffs in ein schwebendes Verfahren. Nach neuntägiger U-Haft unter widrigsten Umständen wurden wir am 27.10. gegen eine Kaution vonjeweils 20 Mio Türk. Lira (20 000 Öschis) und Meldeauflagen bis zum Prozeß vor dem Militärgericht auf freien Fuß gesetzt.

### Massiver Druck auf die UnterstützerInnen vor Ort

Seit unserer Verhaftung wurde die Schriftstellerin Nese Yasin ständig beschattet, ihre Wohnung durchsucht und sie selbst mehrfach von der politischen Polizei bedroht. Selbst gestern Abend (29.10), bei einer Feier anläßlich unserer Entlassung blieb die politische Polizei immer in Sichtweite. Zwei Mitglieder der türkischen Kriegsdienstverweigererorganisation aus Izmir, die ebenfalls zur Prozeßbeobachtung angereist waren, wurden bereits mehrfach kontrolliert und durchsucht.

Gegen Nese Yasin läuft eine Ermittlungsverfahren wegen Beihilfe zur Fahnenflucht im Falle Askeroguls. Sie wurde am 28.9. gegen eine Kaution von 10 Mio.TL auf freien Fuß gesetzt. Es ist zu befürchten, daß in dem anstehenden Verfahren alte und neue Rechnungen mit einer "unliebsamen" Schriftstellerin beglichen werden sollen.



# FLEX II:
## Umzug mit Hindernissen

auch von irgendeiner/m

Seit einiger Zeit existiert eine Unterschriftenliste zugunsten des FLEX II und beim eifrigen Sammeln hört frau bzw. man immer wieder verwirrte Fragen betreffs des warum, wann, wo und überhaupt was denn jetzt eigentlich los sei. Zur Verwirrung haben einige Ereignisse beigetragen, zu allererst einmal die bereits hinlänglich bekannte Tatsache, daß die für 1. September 1993 geplante Eröffnung des neuen FLEX II am Donaukanal nicht stattgefunden hat. Sodann der Medienrummel um die Bausubvention des Wiener Gemeinderates für den Standort am Schottenring, anläßlich dessen sattsam bekannte bürgerliche Zeitungen hysterische Halbwahrheiten unter die Leute zu bringen und Stimmung gegen das FLEX und seine Betreiber zu machen versuchten. (Einzige Ausnahmen sind *Falter* und *Standard*).

Die Situation sieht jetzt folgendermaßen aus: Mit Beschluß des Wiener Gemeinderats vom 2. Oktober 1993 erhält das FLEX eine Bausubvention für den Standort Schottenring-Donaukanal in der Höhe von 2,5 Millionen Schilling. Diese Bauförderung gehört nicht dem FLEX, sondern der damit zu errichtende Bau kann in der Folgeauch an andere vergeben werden. Das FLEX wird für das Gebäude Miete zu zahlen haben.

Vom BMUK (Bundesministerium für Unterricht und Kunst) erhielt das FLEX eine Förderung von 1 Million Schilling für technische und künstlerische Ausstattung.

Vom Landesarbeitsamt (LAA) Wien gab es eine Förderung im Rahmen der "Aktion 8000" für sechs Arbeitsplätze auf ein Jahr befristet. Diese Förderung ist eine 2/3-Förderung und beträgt ebenfalls eine Million Schilling. Das restliche Drittel an Arbeitskosten muß das FLEX selbst aufbringen. Diese Unterstützung für die Arbeitsplätze ist schon im Juli 93 angelaufen.

Von Seiten eines Privatsponsors erhielten die FLEX-Betreiber 800.000 Schilling für die Gastronomieinfrastruktur in Form eines sofort konsumierten Rabatts auf Bier für die nächsten 5 bis 10 Jahre.

Noch nicht angelaufen aber bereits geplant und in Auftrag gegeben ist eine Bausteinaktion, um die fehlenden 1,4 Millionen Schilling aufzubringen: frau/man zahlt auf das Vereinskonto des FLEX einen Betrag von 1.000 Schilling ein, fördert damit die Errichtung und Inbetriebnahme des FLEX und erhält dafür eine 50%ige Ermäßigung für 20 Konzertveranstaltungen.

Über den geplanten Standort auf der Trasse der U4 am Schottenring gibt es seit Juni 93 einen Vertrag mit den Eigentümern des Objekts, den Verkehrsbetrieben der Wiener Stadtwerke.

Die Baugenehmigung selbst hätte die Baupolizei erteilen sollen, aber der Einspruch des 1. Wiener Gemeinebezirks kam noch rechtzeitig dazwischen. Selbiger wurde bei der Baukommission des 1. Bezirks, unterstützt von drei Parteien, aber ohne die Grünen, deponiert, wobei der Bezirksvorsteher der Baukommission die Anweisung erteilt. In der Folge muß der Bezirk angehört und der Einspruch behandelt werden. Danach geht die Entscheidung über die Baugenehmigung in letzter Instanz an den Baustadtrat Edlinger. Angeblich hat er schon entschieden, allerdings hat das FLEX noch nichts erhalten. Ohne die Baugenehmigung erhalten zu haben, können die Betreiber jedoch noch nicht zu konkreten Taten schreiten, was den Bau selbst betrifft.

Im 1. Bezirk gibt es nun eine FPÖ-Bürgerinitiative gegen das FLEX am geplanten Standort und eine (eingangs schon erwähnte) Initiative für das FLEX vom Schriftsteller Stephan Eibel, der selbst im 1. Bezirk wohnt. Der Text der Pro-FLEX Unterschriftenliste lautet:

*Ich unterstütze die Neuansiedlung des offenen Jugend- und Kulturzentrums 'FLEX' am Standort Donaukanal/Schottenring.*

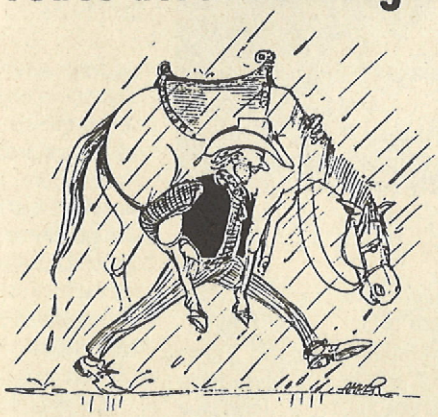
Der neue Standort befindet sich an einer U-Bahn-Trasse unter dem Ring, sodaß eine Ruhestörung unmöglich ist. Zugleich ist er zentral erreichbar für das Zielpublikum, welches auf öffentliche Verkehrsmittel bzw. Fahrradzufahrt angewiesen ist. Die unzähligen Musik- und Kulturveranstaltungen dieses Projektes sind eine nicht wegzudenkende Bereicherung der Wiener Kulturlandschaft. Ich lehne die unseriöse Panikmache gegen dieses Projekt ab. Der Donaukanal soll allen Bevölkerungsschichten, also auch Jugendlichen und alternativen MusikliebhaberInnen offenstehen!

Trotz Widrigkeiten veranstaltet das FLEX jedoch weiter, allerdings unter weit ungünstigeren Bedingungen. Trotzdem gelingt es immer wieder, Kulturveranstaltungen stattfinden zu lassen.

Unterstützt die BetreiberInnen mit Eurer Solidarität! Für das FLEX II am Schottenring!

**bezahlte Anzeige**

**Wie kommst Du trockenen Fußes durch den Regen?**



*Ein Waldviertler Schuh namens Mustang*
*sorgt immer für trockenen Fußgang.*
*Schaut aus wie ein Roß,*
*auf das heftig es goß.*
*So wird Gehen im Regen Genußgang.*

Wir danken dem anonymen Spender für diesen Limerick

**GEA**
GehenSitzenLiegen

**1010 Wien**, Himmelpfortgasse 26, **1080 Wien**, Lange Gasse 24
**Wr. Neustadt, Gmünd, Linz, Steyr, Innsbruck, Graz, Klagenfurt**

# Vermieterterror a'la "K"PÖ !

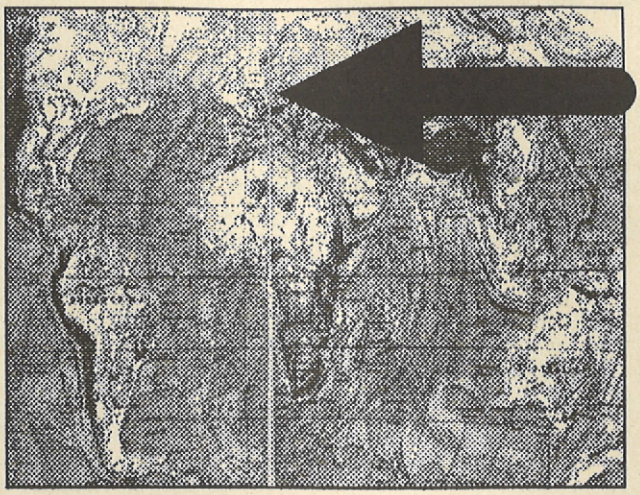
ein kommunistischer Autonomer

Vorneweg gleich einmal eine Erklärung: das ist weder ein "offizielles Statement" vom TATblatt, vom EKH-Plenum, noch ein schriftlicher Anschlag von irgendwelchen antikommunistischen Verschwörerhaufen, die ja von der "K"PÖ überall vermutet werden. Das ist ein völlig induvidualistischer Wutschrei von einem kommunistischen Autonomen der meint, daß die "K"P schon viel zu lange in diesem Konflikt mit Samthandschuhen angefaßt worden ist.

Zuerst einmal zu den Fakten. Letzte Woche flatterte ein Brief von der Wb-Immobilien (KP-eigene Immobilienfirma, offizielle Besitzerin des EKH) ins Haus in dem kurz beschieden wurde, daß aus Kostengründen dem EKH die Heizung abgedreht werden soll. Das "menschenfreundliche" Hintertürl: die HausbewohnerInnen könnten ja mit Strom heizen, vorher müßten sie allerdings die Stromleitungen auf eigene Kosten erneuern lassen. Wahrlich ein sehr netter Brief, nur wäre ein kurzes "abdreht wird, schleichts eich, uns wurscht ob ihr erfrierts" ein bisserl ehrlicher gewesen. Nach dem Abdrehen von Gas und Strom in allen Teilen der Hauses ohne Mietverträge stellt dieser Akt die wohl schwerwiegenste Aggression gegen das "Ernst Kirchweger Haus" dar. Nachdem die "K"P versucht hat, den Konflikt durch die Überschreibung an die WB-Immobilien zu entpolitisieren und die "rumänische Lösung", dh: Rückbesetzung des Kirchwegerhauses durch das klassenbewußte obersteirische Industrieproletariat, das ja bekanntlich geschlossen hinter seiner "historischen Vorhut" steht, wegen evtl. nachfolgenden Imageproblemen auch nicht in Frage kommt, versucht sie jetzt das, was der "K"P-Funktionär M." bürokratisches Abmontieren" nennt.

Im Klartext: durch fortwährende Schikanen sollen die BenützerInnen des EKH irgendwann zum Vertragsbruch gezwungen werden, damit einer erfolgreichen Räumungsklage nichts mehr im Wege steht. Dadurch will die "K"P ihre Hände weitgehend sauber halten, um ihr geliebtes Eigentum, das vermutlich so schnell wie möglich verscherbelt werden soll (Einkaufs-Zentrum oder so) zurückerobern.

Tja, falls sich die "K"P-GenossInnen zum 75. Bestehen eine so diskretet Lösung (nach der sog. "Baier- Methode") erhofft haben müssen wir sie leider enttäuschen. Auf jede menschenverachtende Maßnahme die die "K"P gegen BenützerInnen und BewohnerInnen ergreift wird es in Zukunft gehörig etwas auf die Finger geben. Angriffe gegen das EKH sind Angriffe auf wichtige politische soziale und kulturelle Strukturen, und solche Angriffe müssen entsprechend abgewehrt werden. Egal von welcher Seite sie kommen. Falls die KP im EG-Widerstand mit linksradikalen Gruppen zusammenarbeiten will (obwohl sie mit ihrem Hurra-Patriotismus genausogut eine Volksfront mit Kurt Falk bilden könnte) ist schön und gut ,jedoch muß sie darauf gefaßt sein ,daß es mit ihren (potientiellen) BündnispartnerInnen zu ziemlich unschönen Auseinandersetzungen kommen könnte. Ich will es nicht hoffen, jedoch sollten wir dazu bereit sein !.



EKH (Pfeil)

Das "EKH-Beisl" hat übrigens Freitag bis Sonntag von 18-2 Uhr offen (Volxküche gibt's auch!),

außerdem Do.: Rechtshilfe-Disco, Fr.: "Musik gegen's Leben" (nächste Woche die Famosen "False Friends" aus der BRD — Pflichttermin!) und div. Festivitäten . Schaut's einfach vorbei!

Für alle Leute, die mit der WB-Immobilien über soziale Wohnpolitik und Einschalten von div. Heizungen plaudern wollen hier die Telefonnummern: 5236882...-0; 0663894527; 0663 019118, FAX:5236882, (alles Wiener Nummern, also ggf. Vorwahl 0222)

viel Spaß!

***Finger Weg vom Ernst-Kirchweger-Haus! Bei (kalter) Räumung-Krieg!***

PS: Mir ist klar, daß das ganze Statement ziemlich polemisch ist, verglichen mit dem faschistoiden Sprachgebrauch welcher in div. KP-Publikationen in diesem Konflikt benützt wurde, ist es jedoch richtiggehend solidarisch!

*bezahlte Anzeige*

75 Jahre

Neue Gedanken • Neue Wege KPÖ

**Geburtstags-Fest**

**Bruji**

**the electric eels - DJ Ulli Fuchs**

20.11.1993, ab 20.00 Uhr
Szene Wien, 1110, Hauffgasse 26

Karten zu ÖS 75.- bei der KPÖ-Wien, Schönngasse 15-17, 1020, Tel.: 218 60 67.

# Frauenprojekte und das leidige Geld

## Einige Highlights aus den (Irr-)Wegen verschiedener Frauenprojekte durch den Kompetenz- und Bürokratiedschungel.

Mediengruppe der Vernetzung der autonomen Frauenprojekte in Wien

### Was ist ein Frauenprojekt?

Die Förderung eines Frauenprojektes durch ein Ministerium oder eine Magistratsabteilung der Gemeinde Wien bedarf zunächst wohl der Klärung von Grundsätzlichem. Dies zeigt beispielsweise ein Telefonat, das »STICHWORT – Archiv der neuen Frauen- und Lesbenbewegung« mit dem Unterrichtsministerium führte: In diesem wurde, neben der Mitteilung über die Absage einer Förderung, versucht zu verstehen, was nun eigentlich die Frauenbewegung (und das Bewegende an ihr) sein könnte: »Archiv der neuen Frauenbewegung? Was ist denn das? Alte Frauenbewegung, Neue Frauenbewegung ... Sei's gut, bewegen Sie sich weiter.«

Der Bewegung gegenüber wird also eine gewisse Gleichgültigkeit an den Tag gelegt. Schwieriger allerdings wird für die subventionsgebenden/verweigernden Stellen die Frage, was denn nun eigentlich ein Frauenprojekt sei.

Das eine z.B. ist zu wenig Frauenprojekt: So erhielt die feministische Mädchenschule »Virginia Woolf« 1992 eine telefonische Subventionsabsage aus dem Frauenministerium:

»Wir fördern keine Eliteschulen, und außerdem ist die feministische Mädchenschule kein Frauenprojekt.«

Ein anderes wiederum ist zuviel Frauenprojekt: »ANAKONGA – Verein zur Förderung und Vernetzung von Frauen in Naturwissenschaft, Technik, Handwerk und Medizin« erhielt ihrerseits eine schriftliche Subventionsablehnung vom Familien- und Umweltministerium mit der Begründung, «... daß für den genannten Förderungszweck eine Förderung nicht gewährt werden kann, da es sich um ein Projekt von überwiegend frauenspezifischer Relevanz handelt.«

### Gewalt: Keine Frage der Familie, der Gesundheit und der Justiz

Der Schnittpunkt von Frauen- und Familienpolitik ist allemal eine Polemik wert: So suchte »STICHWORT – Archiv der neuen Frauen- und Lesbenbewegung« 1993 bei genanntem Familienministerium um eine Förderung für den Bibliotheksausbau betreffend das Thema »Sexuelle Gewalt an Mädchen« an. Die Antwort des Ministeriums lautete: Es sei von höherer Stelle(?) gemahnt worden, weniger Frauenprojekte und mehr Familienthemen zu fördern.

Daß sich die Mehrzahl aller sexuellen Gewaltakte in ebendieser Familie ereignet, scheint noch nicht bis ins zuständige Ministerium vorgedrungen zu sein.

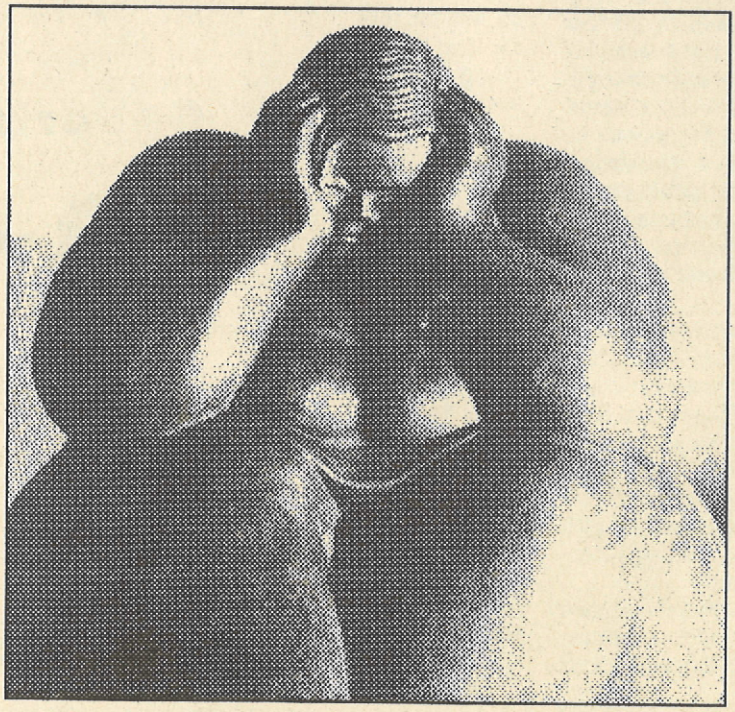
Von Subventions-Irrwegen zum Thema Gewalt gegen Frauen berichtet auch der »Notruf für vergewaltigte Frauen«: »Wir meinen, Gewalt gegen Frauen hätte zum Beispiel sehr viel mit Gesundheit zu tun. Abgesehen von den oft und oft zugefügten körperlichen Verletzungen ist jede Vergewaltigung ein Eingriff mit traumatischen, oft jahrelang andauernden Folgen.

Das Gesundheitsministerium ist anscheinend der Ansicht, daß Gewalt gegen Frauen gar nichts mit Gesundheit zu tun habe. Vergewaltigung ist schließlich keine Krankheit, oder?

Wenden wir unsere Aufmerksamkeit nun dem Justizministerium zu. Einen Vergewaltiger läßt sich die Justiz schon Einiges kosten. Dem Notruf grinst – der schon genannten Logik folgend – ein »leider Nein« entgegen. Gerade, daß sie nicht die Frage anhängen, wie wir auf die abstruse Idee kommen, um eine Subvention bei ihnen anzusuchen.

Daß vergewaltigte Frauen über ihre Rechte informiert werden müssen, daß sie Prozeßvor- und –nachbereitung, sowie –beistand unbedingt brauchen, ist doch deren oder sonstwessen Privatsache, oder? Ein Pflichtverteidiger eines Vergewaltigers ist schon bezahlt, bevor er auch nur den ersten Finger rührt. Eine vergewaltigte Frau muß in die eigene Tasche greifen – sofern sie eine hat – wenn sie glaubt, sich eine Anwältin leisten zu müssen.

Schließlich besteht das Gerichtspersonal aus lauter netten, verständnisvollen Feministinnen, welche die Ausmaße der Bedrohung zur Genüge kennen und im Zweifelsfalle sowieso und überhaupt für die Rechte der Frau eintreten. Was hat da eine Notruffrau oder eine Anwältin also noch zu suchen?



### Wer aber ist zuständig?

Der Verein »Frauen für ein Mädchenhaus« hatte zu Beginn des Jahres 1992 bei der Frauenministerin um eine Subvention angesucht. Dieses Ansuchen wurde an die MA 57 weitergeleitet.

Nach Telefonaten (Anfang Juli) mit der MA 13 (Bildung und außerschulische Jugendbetreuung) und der MA

**An den**
**Petitionsausschuß des**
**Österreichischen Nationalrats**

*Die Erfahrungen mit den neuen "Ausländergesetzen" haben bei den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern zu großer Besorgnis geführt. Eine Vielzahl der geschaffenen rechtlichen Bestimmungen scheint einzig dazu zu dienen, Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft das Leben so schwer wie nur irgendwie möglich zu machen.*
*Das ist ein unhaltbarer Zustand!*
*Insbesondere jene Personen, die aus ihrer Heimat vor politischer Verfolgung fliehen mußten, sind von einer Reihe geradezu schikanöser Bestimmungen und Gesetzesauslegungen betroffen, die für die Betroffenen in der Praxis eine Fortsetzung der Verfolgung im Heimatland darstellen.*

*Wir beziehen uns zum Beispiel auf NURI DIYAROGLU, der von einem Sondertribunal des türkischen Militärs in den Monaten nach dem Militärputsch von 1980 zu 5 1/2 Jahren Haft verurteilt worden war. NURI DIYAROGLU war in Haft gehalten und gefoltert worden, weil im Rahmen einer Hausdurchsuchung nach dem Militärputsch ein Plakat mit der Aufschrift "Gegen den Faschismus" in seiner Wohnung gefunden worden sein soll. Obwohl NURI DIYAROGLU stets in legalen Jugendorganisationen politisch tätig gewesen war, wurde er vom Ausnahmegericht wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" verurteilt.*
*Nachdem er vorübergehend Freiheit erlangte, wechselte DIYAROGLU die Identität, um sich der Verfolgung zu entziehen. Anfang der 90er Jahre jedoch war er gezwungen, aus der Republik Türkei zu fliehen, da er eine neuerliche Festnahme befürchten mußte.*
*Er stellte einen Asylantrag in Österreich, der zwei Jahre lang behandelt wurde. Im September 1993 erhielt NURI DIYAROGLU, dessen politische Verfolgung mittels Gerichtsdokumenten, Zeitungsartikel und ärztlicher Gutachten betreffend die Folter belegt worden war, einen negativen Bescheid im Asylverfahren 2.Instanz.*
*Begründet wird der Bescheid mit der Behauptung (die vom Ausnahmegericht des Militärs erfunden worden war), NURI DIYAROGLU wäre Mitglied einer "terroristischen Organisation". Das österreichische Bundesasylamt machte sich damit jene Argumentation, mit der das türkische Militärregime Anfang der 80er Jahre die Verfolgung, Folterung und Ermordung von Oppositionellen rechtfertigte, zu eigen.*
*Besonders empörend erscheint den UnterzeichnerInnen, daß NURI DIYAROGLU die Möglichkeit verwehrt wurde, im Verfahren 2.Instanz die Einvernahme eines neuen Zeugen zu beantragen. Der neue Zeuge war seinerzeit gemeinsam mit NURI DIYAROGLU verhaftet und verurteilt worden und genießt in Frankreich politisches Asyl.*
*Er hätte über die Gründe und Ursachen der Verfolgung DIYAROGLUs in der Republik Türkei sowie über die Gründe seiner Flucht Auskunft geben können.*

**Wir ersuchen daher den Nationalrat, verschiedene bundesgesetzliche Bestimmungen wie etwa das Asylgesetz, das Gesetz über die Bundesbetreuung von Asylwerberinnen und Asylwerbern, das Aufenthaltsgesetz sowie alle weiteren von dieser Petition betroffenen Gesetze in einer Art und Weise zu verändern, die...**

- **...die Verhängung der Schubhaft gegen Asylwerber und Asylwerberinnen bis zum Vorliegen einer endgültigen und letztinstanzlichen Entscheidung über einen Asylantrag unmöglich macht.**
- **...Menschen ohne österreichischer Staatsbürgerschaft die Möglichkeit bietet, auch innerhalb Österreichs um die erstmalige Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung anzusuchen.**
- **...Asylwerberinnen und Asylwerbern die Möglichkeit gibt, auch in 2.Instanz der Behörde Beweise und Belege ihrer Verfolgung im Heimatland vorzulegen bzw. bereits vorher vorgebrachte Beweise und Belege zu präzisieren.**
- **...eine grundsätzliche Aufnahme von Asylwerberinnen und Asylwerbern in die Bundesbetreuung vorsieht. Ausnahmen von dieser Regelung sollen nur insoweit möglich sein, als die betreffende Person nachweislich über ausreichend eigene Mittel zur Sicherung des Lebensunterhaltes verfügt.**

## Begründung:

zu 1.) Die Möglichkeit der Behörde, über Asylwerberinnen und Asylwerber Schubhaft zu verhängen, schränkt die Chance der betroffenen Person, ihre Angelegenheiten im Asylverfahren in sinnvoller und notwendiger, dem Gesetz entsprechender Weise wahrzunehmen, ein. Asylwerberinnen und Asylwerber in Schubhaft haben nicht ausreichend Möglichkeit, sich über die Rechtslage zu informieren, sich Rechtsbeistand zu verschaffen oder auch notwendige, die Verfolgung im Heimatland belegende Dokumente (die vielleicht auf der Flucht zurückgelassen werden mußten) beizuschaffen. Dies bedeutet eine erhebliche und praktisch wirksame Einschränkung des Rechts auf Asyl für im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention verfolgte Menschen!

zu 2.) Die Unmöglichkeit, in Österreich um die erstmalige Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung anzusuchen, stellt für Asylwerberinnen und Asylwerber eine ständige Bedrohung des Lebens und der körperlichen Sicherheit dar. Insbesondere nach eventuell negativem Ausgang eines Asylverfahrens muß die Möglichkeit bestehen, eine Aufenthaltsberechtigung zu erlangen, ohne das Land verlassen zu müssen. Sinnvoll ist dies unter anderem auch, weil im Falle von abgelehnten Asylwerberinnen und Asylwerbern, die zum Teil mehrere Jahre auf die endgültige Erledigung ihres Antrages warten mußten, angenommen werden kann, daß sie über eine entsprechende soziale Verankerung in Österreich verfügen. Allein die Tatsache, daß von der Bundesbetreuung ausgeschlossene Asylwerberinnen und Asylwerber oft viele Monate ohne jegliche staatliche Unterstützung oder Möglichkeit zur Arbeit überleben konnten, beweist, daß sie innerhalb sozialer Strukturen leben, die für Unterkunft und Unterhalt aufzukommen bereit sind. Die betroffenen Menschen sind also in Österreich voll integriert, ohne die Möglichkeit der Erlangung einer Aufenthaltsberechtigung zu haben.

zu 3.) Das sogenannte "Neuerungsverbot", welches die Vorlage neuer Beweismittel im Asylverfahren 2. Instanz verhindert, stellt ebenfalls eine erhebliche und praktisch wirksame Einschränkung des Rechts auf Asyl im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention dar. Die Mehrheit der Menschen, die in Österreich einen Asylantrag stellen, waren vorher gezwungen, innerhalb kurzer Zeit ihre Heimat zu verlasssen. Sie hatten daher nicht die Möglichkeit, ihre rechtlichen Angelegenheiten so zu regeln oder entsprechende Vorsorge zu treffen, daß im Asylverfahren SOFORT alle notwendigen Dokumente und Beweise vorgelegt werden können. Das im Asylgesetz vorgesehene "Neuerungsverbot" trägt diesem Umstand nicht Rechnung. Oft müssen erst über komplizierte und zeitraubende Umwege Verbindungen mit Verwandten oder Freunden im Heimatland aufgenommen werden, um Dokumente und Beweise herbeizuschaffen. Sollte zu diesem Zeitpunkt, was häufig der Fall ist, ein ablehnender Bescheid im Asylverfahren 1.Instanz bereits ergangen sein, ist dem Asylwerber oder der Asylwerberin damit die Möglichkeit genommen, ihre Verfolgung im Heimatland glaubhaft zu machen.

zu 4.) Auch der Ausschluß einer Asylwerberin oder eines Asylwerbers von der Bundesbetreuung stellt eine wirksame Einschränkung des Rechts auf Asyl für Verfolgte gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention dar. Die Menschen sind gezwungen, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen, während ihnen jede Möglichkeit legaler Arbeit genommen ist. Von der Bundesbetreuung Ausgeschlossenen fehlen daher Zeit und Mittel, um die notwendigen Verfahrenschritte im Asylverfahren rechtzeitig setzen zu können, sich Rechtsbeistand zu verschaffen und die notwendigen Belege zur Glaubhaftmachung der Verfolgung im Heimatland zu besorgen.

### Petition an den Nationalrat?

Eine Petition an den Nationalrat muß von 500 wahlberechtigten österreichischen StaatsbürgerInnen unterzeichnet werden, um vom Petitionsausschuß behandelt zu werden. Wir sind allerdings auch nicht böse, wenn diese Petition von Menschen unterschrieben wird, die nicht wahlberechtigt sind!!!
Ziel der Petition ist nicht unbedingt eine sofortige Änderung der kritisierten Gesetzespassagen (so naiv sind wir nicht!), sondern die Konfrontation der Verantwortlichen für diesen Zustand mit der Realität, die sie geschaffen haben! Vor allem mit der Realität, daß es gegen rassistische Gesetze und Gesetzesauslegungen auch Widerstand gibt!

Infomappe und weitere Infos: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; Gumpendorfer Str. 157/11
A-1060 Wien; Tel.: 0222 - 56 80 78; FAX: 56 80 784

| Bürgerinitiative betreffend | die Änderung verschiedener bundesgesetzlicher Bestimmungen, wie etwa das Asylgesetz, das Gesetz über die Bundesbetreuung von von Asylwerberinnen und Asylwerber und das Aufenthaltsgesetz |
|---|---|

**Unterstützungserklärungen**

| Name | Anschrift | Geb. Datum | Datum d. Unterstützg. | Unterschrift |
|---|---|---|---|---|
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |

*Bitte den ganzen Bogen (alle 4 Seiten!) bis spätestens 30. November 1993 einschicken an:*

TAbläff *Gumpendorferstraße 157/11, 1060 Wien*

| **Bürgerinitiative betreffend** | die Änderung verschiedener bundesgesetzlicher Bestimmungen, wie etwa das Asylgesetz, das Gesetz über die Bundesbetreuung von von Asylwerberinnen und Asylwerber und das Aufenthaltsgesetz |
|---|---|

**Unterstützungserklärungen**

| Name | Anschrift | Geb. Datum | Datum d. Unterstütz. | Unterschrift |
|---|---|---|---|---|
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |

*Bitte den ganzen Bogen (alle 4 Seiten!) bis spätestens 30. November 1993 einschicken an:*

TAbläff *Gumpendorferstraße 157/11, 1060 Wien*

15 (Gesundheitswesen) wurde der Verein (aufgrund nicht vorhandener Förderungsmittel der jeweiligen Magistratsabteilungen) an die MA 5 weiterverwiesen.

Der dort zuständige Beamte informierte die Vereinsfrauen über die alleinige Zuständigkeit der MA 57, eine Doppelförderung auf Gemeindeebene wäre nicht möglich. Dies allerdings ist so nicht richtig, denn ein Verein kann sehr wohl für verschiedene, voneinander abgrenzbare Vorhaben bei verschiedenen Magistratsabteilungen Subventionen erhalten.

In diesem Zusammenhang steht auch der (nicht nur auf Bundesebene zu hörende) ständige Verweis auf die Frauenministerin, der allen Frauenprojekten zur Genüge bekannt ist. Daß die Frauenministerin bei ihrem Budget mit der Förderung aller Frauenprojekte überfordert wäre, scheint wohl einsichtig.

### 10 : 1 für den Fußball

*Zum Vergleich: Im Jahre 1992 ergingen von der Stadt Wien an Fußballvereine 47 Mio S, an Garagenförderung 700 Mio S, das Gesundheitsbudget betrug 30 Mrd. S, die Förderung der Frauenprojekte ca. 4 Mio S.*

## Wenn die Bürokratie zuschlägt

### Teil 1: Das Frauenministerium und der »Notruf für vergewaltigte Frauen«

»Verzögerung, die Erste: am 29.1.92 erhalten wir die Info zwecks Rückstellung des Subventionsansuchens bis 1.6.92, da Abrechnungsmodalitäten des Vorjahres noch nicht geklärt sind. In diesen Modalitäten hieß es: Restfinanzierungen, mit –en. –en am Schluß eines Wortes bedeutet in dem uns vertrauten Teil der deutschen Sprache wohl die Mehrzahl. Möglicherweise bedient sich aber das Frauenministeriums eines uns unbekannten Dialektes. Denn: Hin und her und Nichtbehandlung des neuen Ansuchens ranken sich plötzlich darum, daß nur EINE Restfinanzierung abgerechnet werden kann. (Die Summe beläuft sich in beiden Fällen auf die gleiche Höhe). ... Wir machen das PingPong bis zur Bereinigung der Angelegenheit mit und freuen uns mächtig, daß am 11.6.92 die Abrechnung 91 erledigt ist und harren frohen Mutes der Subvention 92.

Die kummt net, kummt afoch net

Stattdessen, ein Monat später: Die Forderung nach Unterlagen, die schon längst im Ministerium liegen.

Stattdessen, ein Monat später: Die Anfrage, ob denn unser Ansuchen noch aktuell sei?

Stattdessen, noch ein Monat später: Die Forderung nach weiteren Unterlagen, die das ganze dreiviertel Jahr davor nicht von Belang waren. Jetzt, plötzlich, aber – doch!

Der Weg ist das Ziel – in dem Fall für das Frauenministerium.

Im September 92 ist es soweit, daß unser Ansuchen nun endgültig in die Hände des – noch zu gründenden – Ausschusses gelegt werden kann. Welcher Mitte November tagen wird. Und also, das Unglaubliche passiert: Der Wiener Notruf für vergewaltigte Frauen erhält im Jahr 1992 keine Subvention von seiten des Bundesministeriums für Frauenangelegenheiten.«

### Teil 2: Feministische Handwerkerinnen und MA 57

Nach dem Beschluß im Gemeinderat über eine Subvention von 100.000,- S, wurde der Verein »Feministische Handwerkerinnen« in einem Brief der MA 57 vom 5. 11. 92 aufgefordert, folgende Vereinbarung zu unterzeichnen: »Voraussetzung für die Auszahlung der Förderung ist ein garantierter und fortlaufender Projektbetrieb bis zumindest Ende 1993 (unter Verwendung der von der Stadt Wien geförderten Maschinen, unter Aufrechterhaltung zumindest der ab dem Zeitpunkt des Zustandekommens dieser Vereinbarung bestehenden Arbeitsverhältnisse, unter Beibehaltung zumindest des ab diesem Zeitpunkt bezahlten Entgelts, andernfalls sind die gewährten Mittel umgehend an die Stadt Wien zurückzuzahlen.)«

Darüberhinaus sollten die Handwerkerinnen bereits zu diesem Zeitpunkt sowohl ihre Auftraggeberinnen als auch ihre Arbeiten für das folgende Jahr angeben. Eine derart langfristige Planung würden wir uns auch von der MA 57 selbst wünschen!!

### Teil 3: Formulare, Formulare

Wenige Monate nach Installierung der MA 57 flatterte den Frauenprojekten ein Formular für Subventionsansuchen auf die Schreibtische. Dieses jedoch, so erfuhren die überraschten Frauen, verlor schon bald seine Gültigkeit, da es die Prüfung vor den gestrengen Augen der Rathausbürokratie nicht bestand. Dann – lange Monate nichts. Unklarheit, welche (äußere) Form die Ansuchen an die MA 57 haben sollten. Im Juni 1993 dann versprach ein Treffen in der MA 57, Aufschluß darüber zu geben. Der vorgelegte Kriterienkatalog folgte den vormaligen Formularen. Die Ansuchen seien nun in je individuellem Stil entlang der vorgeschlagenen Fragen zu formulieren.

## Überflüssige Qualifikationen?

In einer Verhandlung mit der Sozialarbeiterin der MA 57, Frau Zink, wurden die Frauen des Vereins »Frauen für ein Mädchenhaus« aufgefordert, ihre persönliche Motivation, in diesem Projekt zu arbeiten, offenzulegen und einschlägige Lebensläufe von 5-7 Frauen des Vereins (zum Beweis ihrer Kompetenz für diesen Bereich) zu liefern. In einem informellen Gespräch mit einer Vereinsmitarbeiterin stellte Frau Zink nach Erhalt der Lebensläufe, ohne auf die beschriebenen Qualifikationen näher einzugehen, lediglich die Frage, wie denn die Frauen des Vereins, wenn sie ohnedies bereits derart ausgelastet wären, noch effiziente Arbeit für das Mädchenhaus leisten könnten. ...

## Offene Läden am 8. Dezember? Ulrich I, Fürst Bischof von Brixen, gegen Maderthaner

Wie jedes Jahr fordert auch heuer der Chef der Bundeswirtschaftskammer, Maderthaner, die Öffnung der Geschäfte am 8. Dezember. Ein besonders stichhaltiges Argument dagegen hat jetzt der Landeshauptmann-Stellvertreter und Obmann des Arbeiter- und Angestelltenbundes der ÖVP, Helmut Mader, ausgegraben. Schon am 14. Mai 1399 hat der damalige Fürst Bischof von Brixen den Marienfeiertag für Tirol verordnet und laut Originalurkunde für "dauernd feierlich gehalten". Auch von Bischof Johann Weber aus Graz gab es verbale Schläg' für Maderthaner.

Vergleichsweise milde äußerte sich die Vorsitzende der Sektion Handel des ÖGB, Erna Deihsen. Für sie kommt ein Offenhalten der Geschäfte überhaupt nicht in Frage und angeblich will die Gewerkschaft notfalls zu Kampfmaßnahmen greifen, wobei Deihsen diese Kampfmaßnahmen nicht näher definieren wollte.

Österreichische ArbeitnehmerInnen sind zur Wahrung ihrer Interessen offensichtlich bei der Kirche besser als im ÖGB aufgehoben.

## Die neue Bescheidenheit: "Patriotischer Club-Besseres Österreich"

Was verbindet Ex-Minister Klecatsky, den Obmann des Kärntner Heimatdienstes Josef Feldner, den ÖVP-Bürgermeister von Klagenfurt/Celovec und die FP-Abgeordneten Mölzer und Gudenus in der *"Stunde der Patrioten"*?: Es ist der Verein "Patriotischer Club — Besseres Österreich".

Ziel des im September gegründeten Vereins, dessen Name *"als bewußte Antithese zum 'Republikanischen Club — Neues Österreich' gewählt"* (Gründungsaufruf) wurde, ist es, *"alle patriotischen Kräfte über unterschiedliche parteipolitische und weltanschauliche Positionen hinweg zusammenzuführen"*. Gründer Kurt Diemann hat drei Zielgruppen auserkoren und ihnen ein SOS zugefunkt: *"SOS Mitbürger! Verbündet Euch (...) im Kampf gegen Volks- und Heimatfeindlichkeit (...)! SOS Kulturbewusste! Verbündet Euch (...) im Kampf gegen Kulturfeindlichkeit, Kulturabbau und Zerstörung unserer kulturellen Identität unter dem Vorwand 'Freiheit der Kunst' und 'Multikultur'! SOS Christen! Verbündet Euch im Kampf (...) gegen Unterminierung religiöser und moralischer Werte, Einrichtungen und Überlieferungen!"*

Die GegnerInnen des neuen Vereins zu benennen hatte im Verlauf der Gründungsversammlung FP-Bundesrat Mölzer die Ehre: *"Die alten Frontstellungen, wie wir sie in der Revolution von 1848, in den Tragödien von 1934 und 1938 kannten, sind überholt. (...) Die Frontstellungen unserer Tage sind ganz andere. Hier die Linke, die mit allen Mitteln um ihre Machtpositionen kämpft, dort wertkonservative Patrioten, die Heimat, Volk, Familie, Leistungsbereitschaft, Ehrlichkeit und Bescheidenheit vertreten."*

Die Bescheidenheit hat Name, Adresse und Telephonnummer:
**"Patriotischer Club — Besseres Österreich"**
Kramergasse 3/4
A-1010 Wien
Tel.: 0222/53 59 353

## "Wichtige Adressen" in AfP-Zeitung!

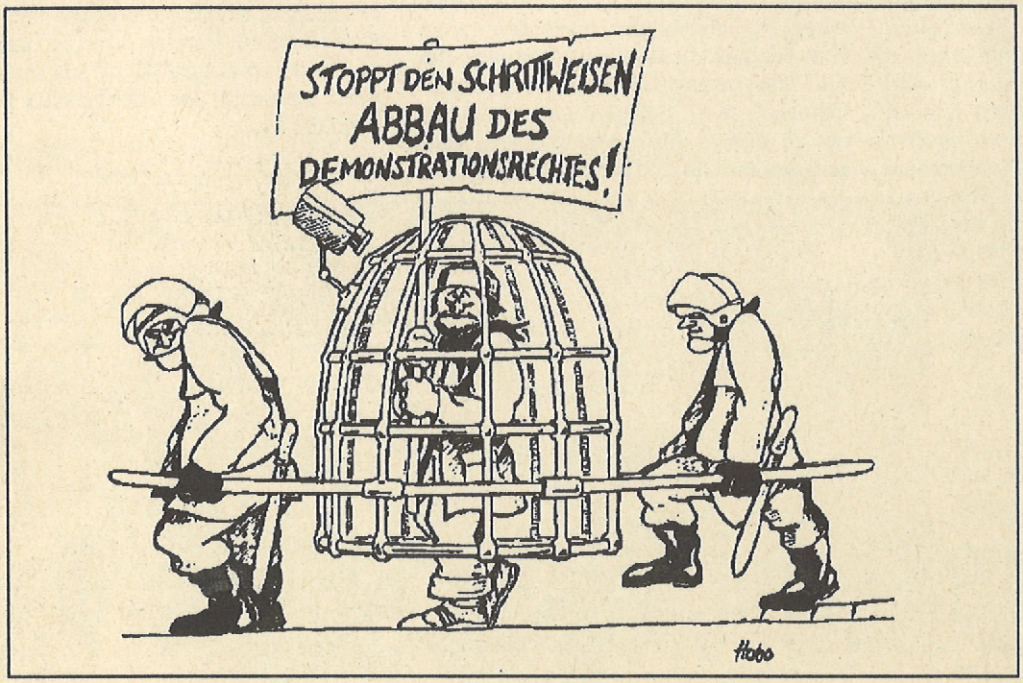
Unter dem Titel "Frontal" veröffentlichten die "Kommentare zum Zeitgeschehen", die Zeitschrift der rechtsextremistischen "Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik" (AfP) in ihrer November-Ausgabe eine Liste mit "wichtige(n) Adressen", die der Schwulen- und Lesbenzeitschrift X-tra entnommen worden sein sollen. Auf der Liste (schwarz, auf weißem Papier) angeführt werden Adressen verschiedener Organisationen und Treffpunkte von Lesben und Schwulen wie etwa die "Rosa-lila-Villa", die "Vereinigung jüdischer Schwulen und Lesben in Österreich" oder die im Zentralausschuß der Österreichischen Hochschülerschaft vertretene "Rosa Liste". Neben weiteren Lesben- und Schwuleninitiativen sind auch die AIDS-Hilfen und das Frauengesundheitszentrum TROTULA der Kolumne, die angeblich die persönliche Meinung eines jungen Mitarbeiters wiedergibt, eine Nennung wert.

Wo jetzt von berufener Stelle wie der AfP die Wichtigkeit der angeführten Adressen nun einmal festgestellt worden ist, darf mensch doch durchaus mit Besuchen der "Kommentare"-LeserInnenschaft rechnen. Bleibt zu hoffen, daß die Schwulen und Lesben dem zu erwartenden Ansturm der Horden von "Kommentare"-LeserInnen in jeder Hinsicht gewachsen sind!

Erwähnung fand übrigens auch das TATblatt — unter Angabe der Adresse und Beifügung des Attributs "Terroristenzeitung".

Nun ja, die werden schon wissen, warum sie uns so nennen.

Schließlich bleibt uns nur die Frage: Wo traf sich die neofaschistische "Wehrsportgruppe Trenck" vor ihrer Aushebung durch die Polizei regelmäßig? Im TATblatt-Büro? Oder im Vereinslokal der AfP?




## AKW-Bekämpfung

Mit mindestens acht Meßstellen pro grenznahem AKW will die Umweltschutzorganisation "GLOBAL 2000" das "staatliche Meßmonopol" in Sachen AKW-Störfällen durchbrechen und der Vertuschung von Un- und Störfällen künftig einen Riegel vorschieben. Das System der Meßstellen ("RAMOS") wird die gewonnen Werte laufend an eine Zentrale in Wien übermitteln und dadurch die Vornwarnzeit nach AKW-Unfällen drastisch verringern. Außerdem kann mittels dieses Systems die örtliche

Bevölkerung über das wahre Ausmaß der atomaren Verseuchung ihrer Region informiert werden.

Drei Meßstellen haben die GLOBALis in der Nähe des tschechischen AKW's Dukovany bereits errichtet. Zur vollständigen Umzingelung fehlen noch 5 Meß- und eine Wetterstation: alles in allem an die 200 000 Öschis.

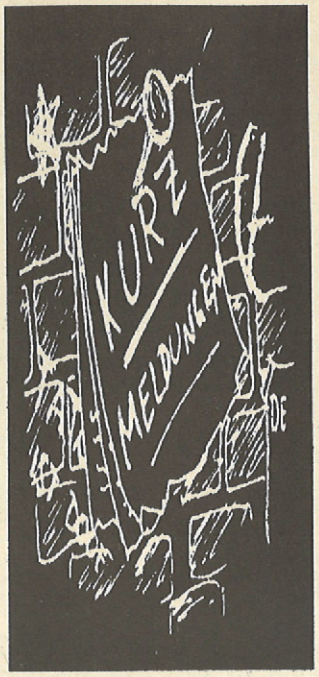
Danach dürfen sich das AKW Bohunice und seine BetreiberInnen auf Umzingelung freuen.

Für diese Vorhaben sammelt die Umweltschutzorganisation nun Spenden. Daneben organisiert sie in Wien die Aktion "Schadensersatzvoranmeldung", bei der die TeilnehmerInnen den KraftwerksbetreiberInnen bereits vor dem SuperGAU mitteilen, wieviel Knödl sie nach den SuperGau einzuklagen beabsichtigen. Konkret geht es zur Zeit um Dukovany: Aus Oberösterreich etwa hat die Betreiber-Firma Westinghaus bereits Voranmeldungen von etwa 400 Mia Öschis erhalten.

**GLOBAL 2000**
Flurschützstraße 13
A-1120 Wien

## Panorama: Berichte aus "Lateinamerika"

Etwas verspätet gaben die beiden Zeitschriften "APIA-Nueva Tierra Nuestra" und "Lateinamerika anders" ihre Fusion bekannt. Bereits seit September erscheint "Panorama" vierzehntägig und verbreitet Berichte der APIA-KorrespondentInnen (Presseagentur für alternative Informationen – Sitz in Managua) und der "Informationsgruppe Lateinamerika". Ziel der Fusion ist es, einerseits die grundsätzlichen Veränderungen in Lateinamerika wiederzugeben, noch bevor die großen Medien mit punktueller Berichterstattung darauf stoßen.




Bestellen könnt Ihr die neue Zeitung bei der
Informationsgruppe Lateinamerika
Münzwardeingasse 2
A-1060 Wien

Kosten tut der Spaß 350,- Öschis im Jahr. Vorläufige Probe-Abos gibts aber auch schon um 100,- Öschis.

## Obdachlosigkeit in der EG

(APA)

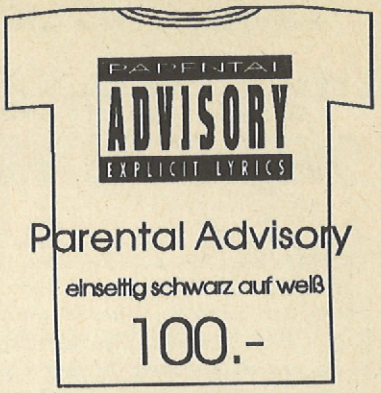
In den Ländern der EG gibt es mindestens fünf Millionen Obdachlose, das sind etwa 1,5 Prozent der Bevölkerung. Im vergangenen Jahr stieg v.a. die Zahl derer, die jünger als 30 Jahre sind. Zunehmend sind alleinstehende Frauen oder Familien mit Kindern betroffen. Die Lebenserwartung der Obdachlosen liegt 25 Jahre unter der des Bevölkerungsdurchschnitts.

## Rumänien: Lynchmorde an Angehörigen der Roma

amnesty international berichtet, daß am 20.9.93 in einem Dorf drei Roma durch Rumänen und ungarische Rumänen gelyncht wurden. Außerdem zündeten etwa 500 Rumänen alle Häuser der insgesamt 32 Roma-Familien an. Einer der Roma kam in einem brennenden Haus um.

Die Polizei, immerhin 45 Mann, schaute tatenlos zu oder beteiligte sich an der Vertreibung der Roma. Die Feuerwehr unternahm keinerlei Löschversuche. Ein Polizeioffizier beteiligte sich an den Prügeleien und bedrohte die Roma für den Fall, daß sie wieder in das Dorf zurückkehren sollten.

***Am 24. Oktober gabs eine Antifa-Langstreckendemo in Wien. Nicht gibt es dazu irgendeinen Artikel, dafür aber ein schönes buntes Foto zur Erinnerung:***



Parental Advisory
einseitig schwarz auf weiß
100.-

Gib Nazis keine Chance
einseitig schwarz auf weiß
bzw weiß auf schwarz
100.-

"Beam me up Scotty.."
- Juri Gagarin
einseitig schwarz auf weiß bzw grau
100.-

"Beam me up Scotty.."
einseitig rot bzw blau und schwarz
auf weiß oder grau
120.-

Get yours..
Bei Bestellung bitte angeben:
Name, Adresse, Telefonnummer
Motiv, Größe (XL, XXL), ev Farben
Preise exklusive Versandkosten
zahlbar nach Erhalt mit Erlagschein
unterschriebene Bestellungen an
KJÖ Junge Linke Siebdruck
co Custozzagasse 10/6
1030 Wien

*bezahlte Anzeige →*

# Tabula rasa in der Innenstadt?
## Wagenburg-Räumung in Berlin

TATblatt-Wien

*Kaum ist Olympia den Bach hinunter, wird der eiserne Besen hervorgeholt und ausgefegt — hier wird offensichtlich für die Hauptstadt gesäubert. Als erstes mußte die Wagenburg am Engelbecken dran glauben. Im Morgengrauen des 7. Oktober läßt der Senat neunhundert Polizisten anrücken, um die ca. dreißig Wagenburgler, ihr Hab und Gut, ihre Wagen — ihr Zuhause zu räumen. Die ganze Gegend ist hermetisch abgeriegelt, den Bewohnern der Wagenburg ist der Zutritt nur noch mit Passierscheinen(!) gestattet oder eben nicht, ganz wie es den Jungs in Grün [Polizisten, Anm. Tb] beliebt.* So beginnt im Berliner Infoblättchen *Scheinschlag* die Darstellung des die Räumung der Wagenburg am Engelbecken.

Monatelang wurde in den Medien Stimmung gemacht gegen Wagenburgen: "Slums in bester Lage", "Seuchenherde", "Schlupfwinkel für Kriminelle" ... Für Faschos und sonstige Brandstifter wurden vorsorglich die Adressen der Wagenburgen angegeben. Jetzt soll die politische Ernte eingebracht werden: Die Räumung der Wagenburg am Engelbecken und die Vertreibung der Schwulen-Lesben-Frauen-Wagenburg am Kinderbauernhof — die sechs geflüchtete Wagen vom Engelbecken aufgenommen hat — war nur der erste Streich. Inzwischen verdichten sich die Gerüchte, daß bis Anfang Dezember sämtliche Wagenburgen geräumt werden sollen, die sich auf städtischem Gelände befinden. Das betrifft die Eastside, die zwei Wagenburgen an der Schillingbrücke, das Kreuzdorf, die Lohmühle und die letzte Wagenburg am Kinderbauernhof. Räumungsbedroht ist auch die Wagenburg am Potsdamer Platz. Und schon schleichen Bullen und Amtsärsche über den Kinderbauernhof und ums Kreuzdorf und zählen die Wagen, drohen mit Räumungen in der nächsten Woche.

Viele Wagenburgen haben Duldungen, die sich noch mindestens aufs nächste Jahr erstrecken. Andere haben stehen schon zehn Jahre auf ihrem Platz und haben daher Gewohnheitsrechte. Aber mit Hilfe des Gummiparagraphen "Gefahr im Verzug" ist dem Senat die Mißachtung erworbener Rechte und ausgesprochener Duldungen kein Problem.

Auf dem Weg zum Megakonsumparadies in der Berliner Innenstadt wollen sich die Berliner Mächtigen der unerwünschten Menschen dort entledigen. Neben die geplanten Hochhäuser, Dienstleistungszentren und Einkaufspassagen im Herzen der Wieder-Hauptstadt des wieder-vereinigten Deutschland passen eben keine Wagenburgen und besetzten Häuser und nicht der türkische Laden von nebenan. Und auch in den benachbarten Bezirken Prenzlauer Berg, Kreuzberg und Friedrichshain steigen die Mieten. Hier wie dort werden BewohnerInnen rausgeekelt, rausgeprügelt, wenn sie renitent sind, oder können sich einfach die Mieten nicht mehr leisten und werden in anonyme Neubaughettos und Slums am Rande der Stadt gedrängt. Oder erhöhen die Zahl der Obdachlosen in Berlin. Das sind offiziell 28.000 — die Dunkelziffer wird mehr als doppelt so hoch geschätzt.

Zumindest bei der Waldeburg ist die Rechnung des Senats in dieser Richtung nicht aufgegangen: Nach deren Räumung ist keineR der BewohnerInnen auf den neuen Wagenstandort am nördlichen Stadtrand gezogen.

### Chronik einer Vertreibung

**Donnerstag, 7. Oktober** Um 6.45 Uhr ist das Engelbecken von Polizeikräften weiträumig umstellt. Sogar Wasserwerfer und Räumpanzer stehen zu Verfügung. Neunhundert Beamte sollen die rund dreißig BewohnerInnen der Wagenburg räumen. Um 8.00 rollen Fahrzeuge der Firma ALBA an; mit deren Baggern werden die Wagen, die nicht von ihren BewohnerInnen gekennzeichnet wurden, zerstört. Die gekennzeichneten Wagen werden auf Tieflader gehoben oder hinter Zugmaschinen gespannt und später in bewachten Konvois nach Karow gebracht. Versuche der BewohnerInnen, ihre Wagen zu Eastside-Wagenburg zu bringen, werden von der Polizei verhindert — der Beschluß des Senats (entspricht Gemeinderat) besagt, daß alle Wagen nach Karow — ans nördliche Ende Berlins — gebracht werden sollen. Maria und Camillo, später auch Irene, Bernhard und Christoph ketten sich an ein großes Holzkreuz und treten in unbefristeten Hungerstreik. Rechtliche Gegenwehr per Anwalt bleibt unwirksam. Sechs Wagen konnten zur Schwulen/Lesben/Frauen-Wagenburg beim Kinderbauernhof flüchten, wodurch der Senat seinen Beschluß unterlaufen sieht und den dortigen Wagenburgen die Räumung androht. 18 Uhr: spontane Laufdemo durch Kreuzburg.

**8. Oktober** ALBA arbeitet weiter, drei gekennzeichnete Wagen werden zerstört. Um das Gelände am Engelbecken entsteht ein Bauzaun. Die Schwulen/Lesben/Frauen Wagenburg am Kinderbauernhof flüchtet.

**9. Oktober** Nach dem Besuch des Bischofs von Berlin (der seine Solidarität ausdrückt) schneidet die Polizei die Hungerstreikenden mit Bolzenschneidern los. Sie werden weggetragen und weggezerrt und nach Feststellung der Personalien des Platzes verwiesen. Das Kreuz fällt und landet im Müllauto. Der Hungerstreik wird als Mahnwache fortgesetzt. Räumungsversuch, Kompromiß. Trotz Regen und Kälte keine Zelte.

**12. Oktober** Ein Einsatzfahrzeug bläst seine Abgase auf die schlafenden Hungerstreikenden. Irene erleidet beinahe einen Kollaps.

**13. Oktober** Beschluß des Bezirks Kreuzberg, daß in Kreuzberg keine Wagenburgen mehr aufgeschlagen werden dürfen. Die Mahnwache vor dem Rathaus wird von der Polizei verboten, mit dem Argument, sie behindere den Zugang und es sei unter diesen "Lärmbedingungen ... ein konsequentes Arbeiten im Rathaus kaum möglich." Fortführung am Marx-Engels-Forum. Mittels privatem Räumungstrupp versucht der Hausbesitzer der Kastanienallee 77, um sechs Uhr früh das besetzte Haus räumen zu lassen.

Von **17. bis 23. Oktober** finden die Berliner Häuser- und Wagenburg-Aktionstage statt.

**18. Oktober** Temperaturen unter null Grad. Die Hungerstreikenden errichten eine Hütte. Die Aufstellung eines Sanitätszeltes des Malteser-Hilfsdienstes wurde verweigert. Aktionen, ein Aktionskünstler wird festgenommen.

**20. Oktober** Besetzung der Johannisstraße 8 (steht sein 1989 leer) durch Obdachlose. 150 Polizisten räumen und nehmen sieben Obdachlose fest.

**21. Oktober** Auswertung der Engelbecken-Räumung durch die politischen Verantwortlichen des Bezirks. Die Hungerstreikenden, die als Betroffene ebenfalls teilnehmen wollen, werden von der Polizei gehindert. Personalienfeststellung. In der Nacht darauf Angriff von Faschos.

**22. Oktober** Hütten werden von der Polizei abgerissen, eine Frau festgenommen. Der Hungerstreik wird abgebrochen, die Mahnwache aber fortgesetzt.

**23. Oktober** Wagen- und Fahrradumzug mit 700 Menschen. Danach Verhaftungen wegen angeblicher Sachbeschädigungen.

# Neapel: Arbeitslose und Autonome besetzen Dom

*Aufgrund der Tatenlosigkeit der weltlichen Stadtfürsten, wandten sich neapolitanische Arbeitslose direkt an ihren Schutzheiligen. Die Amtskirche fühlte sich übergangen. Resultat: Prügel und 47 Festnahmen.*

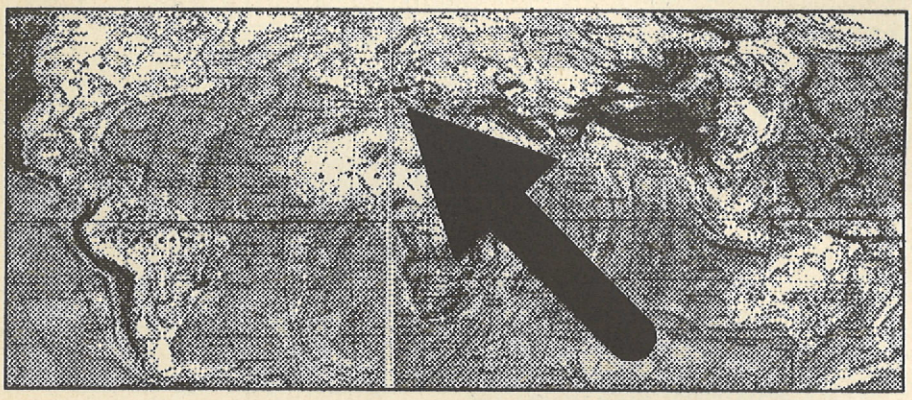
Maurizio Torti, für AIRA

Poggioreale, das Häfn in Neapel, hat wieder seine Tore geöffnet und seine Zähne gezeigt, um den Arbeitslosen und GenossInnen in den Arsch zu beissen. 47 Arbeitslose wurden beschuldigt, arbeitslos zu sein und sich darüberhinaus die Dreistigkeit zu besitzen, dagegen zu protestieren.

Eine Delegation von 600 Leuten erwartete die Gefangenen, die im Dom von San Gennaro verhaftet worden waren, (St. Gennaro, sorgt zwar für Wunder aber nicht für Arbeitsplätze.) um sie zu umarmen. Einige Entlassene hatten noch kaputte Kleider und andere Spuren der Festnahmen: Schwarze Augen, blaue Flecken am Rücken, Angst. Die Jagd auf die Arbeitslosen hat zahlreiche Bullen beschäftigt. Viele Menschen wurden mit aufgesetzter Pistole verhaftet. Doch die neapolitanischen Richter erklärten die Verhaftungen für rechtswidrig. Zu wage waren die Beschuldigungen der Bullen, zwecklos deshalb ihre Proteste. Die Polizei beschuldigte die Arbeitslosen der Gewalttätigkeit und des Widerstandes. Das ist eine Lüge. Viele ZeugInnen haben bestätigt, daß der Angriff der Bullen in allen Details vorbereitet war und vom Quästor von Neapel(Bullenchef) geleitet wurde. Während der Festnahme wurden viele Stimmen pro und kontra dieser Aktion geäußert. Die PDS (Raffaniella) sowie die faschistische MSI, welche beide auf Stimmen bei der bevorstehenden Wahlen aus sind, haben eine Hetzkampagne gegen die Arbeitslosenliste gestartet und versuchen all die Jahre der sozialen Kämpfe aus der Geschichte zu löschen. "Wir verlangen das Recht auf Arbeit, mit allen notwendigen Mitteln." Das war nur die x-te Episode einer langen Komödie. Seit Jahren gibt der Quästor von Neapel als Antwort auf die Bedürfnisse der Arbeitslosen einmal die Karotte, einmal den Knüppel. Hauptverantwortlicher ist der Quästor, höchster Boss der öffentlichen Ordnung, der vor einiger Zeit die Festnahme und Schießerei einiger GenossInnen, als einen "Fehler" bezeichnete. Es ist Zeit, daß er geht, gemeinsam mit seinem Freund dem Präfekten. Der Präfekt unterstützte die brutale Intervention seiner Büttel, denn die Anwesenheit der Arbeitslosen im Dom "störte die öffentliche Ordnung", Ordnung die es in Neapel sowieso nie gab.

Zum Schluß noch die Stellungnahme des Kardinals: "Was soll man dazu sagen... mehr Häuser, weniger Kirchen." Von mehreren Seiten kamen Solidaritätserklärungen mit den Arbeitslosen und den Genossen und Genossinnen von Officina 99 (Centro Sociale in Neapel). Die Grünen verlangen den Rücktritt des Quästors und auch innerhalb der Kirche gibt es gespaltene Meinungen. Zum Soldaritätsprotest vor dem Häfn waren anwesend: Rifondazione Communista (Raffaniella), PDS, Rete und sogar Alessandra Mussolini, die sich gegen die Polizeiaktion äußerten. Eine der Parolen, die auf der Solidaritätsdemo vom 26. 10. , an der über 4000 Menschen teilnahmen, geschrien wurde, war die Forderung nach dem Rücktritt des Quästors und des Ministers Mancino.

***Italien***



# Bologna: Autonome besetzen Zentrum

*Am 25. Oktober haben Autonome in Bologna ein gemeindeeigenes Gebäude - Ex Bestial Market - besetzt.*

ZeroNetwork, TATblatt

Die Räumlichkeiten, die von der Gemeinde für Studenten/innen gewidmet waren, wurden jedoch gegen Bares an private weitervermietet, die sie zum Betrieb einer Diskothek nutzten. Laut Auskunft der BesetzerInnen, soll daraus ein Zentrum entstehen, wo man/frau sich trifft um u.a. über ein größeres Projekt zu sprechen: Den Wiedergewinn anderer ungenutzter Räumlichkeiten für soziale Zwecke. Gerade Studentinnen und Studenten fühlen sich in der PDS-regierten Stadt häufig als Menschen zweiter Klasse behandelt. Die triste Wohnungssituation und das nicht-reagieren der "Demokratischen Linken" darauf, bilden den Hintergrund der Besetzung. Verschärft wurde die Situation überdies durch die Räumung des Centro Sociale Anfang des Sommers.

Auf leerstehende Gebäude in der Stadt wird nun mit direkten Aktionen und Dokumentationen im wiederauferstandenen "Osservatorio Urbano", aufmerksam gemacht. Eines dieser Gebäude wurde noch am selben Tag der Besetzung Gegenstand einer Kundgebung im Stadtviertel.

Respect!

# "Friedensprozeß" in Palästina

*Zur Dokumentation bringen wir diesmal eine Erklärung der Kollektivführung der Sympathisanten und Sympathisantinnen der Volksfront und der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas in Deutschland zum Gaza-Jericho-Abkommen.*

SympathisantInnen d. PFLP u. d. DFLP in d. BRD

Übernommen aus der Agitare Bene Nr. 67 (Köln).

Nachdem 8 der insgesamt 18 Mitglieder des Exekutivkomitees der PLO dem Vorhaben Arafats entsprachen, das "Gaza-Jericho-Abkommen" zu unterzeichnen, verlor diese selbstherrliche Führung endgültig ihre Legitimation, den Widerstand des palästinensischen Volks anzuführen. Denn sie war dieselbe, die diese Institutionen akzeptierte und nun ignoriert.

Die Kollektivführung der PFLP und DFLP bekräftigt erneut ihre kategorische Ablehnung dieses Abkommens, das u.a. folgende Gefahren in sich birgt:

1 Mit diesem Abkommen verzichtet die exekutive Führung der PLO auf den nationalen Konsens zugunsten der israelisch-amerikanischen Bedingungen. Das bedeutet den Verzicht auf bislang unveräußerliche Rechte des palästinensischen Volkes, nämlich auf Rückkehr, Selbstbestimmung und einen eigenen unabhängigen Staat, jene Rechte, die international anerkannt wurden.

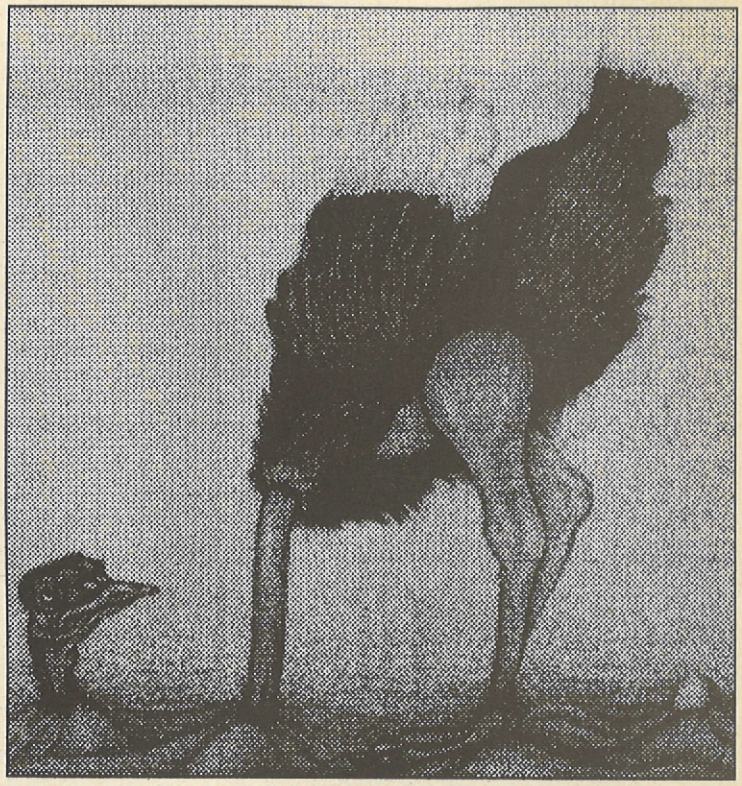
2 Dieses Abkommen führt zwangsläufig zur Auflösung der PLO bevor die nationalen Ziele erreicht oder garantiert sind.

3 Es beinhaltet außerdem die bedingungslose Aufrechterhaltung der israelischen Siedlungen,der militärischen Präsenz, der israelischen Zuständigkeit für innere und äußere Sicherheit sowie der Außenpolitik. Damit erfüllt die sog. Selbstverwaltung nur Aufgaben im Auftrag der israelischen Regierung die bisher von der Besatzungsmacht erledigt wurden. Arafats Führung reduziert mit diesem Schritt den palästinensischen Widerstand auf dieses Niveau. Israel verfügt, gemäß des Abkommens, weiterhin über die Kontrolle der Resourcen im gesamten Palästina.

4 Das Abkommen zielt eindeutig darauf ab, sowohl die territoriale als auch die demographische Einheit Palästinas zu spalten. Es überläßt Israel die Kontrolle und Verwaltung der Siedlungen und führt zur Kantonisierung der Westbank und des Gazastreifens ohne jegliche Verbindung. Ferner gibt dieses Abkommen keine Garantie für eine umfassende Regelung des arabisch-israelischen Konflikts.

5 Das Abkommen beinhaltet die Zerschlagung der Intifada, die das einzige und letzte Mittel gegen die Besatzung in der Hand des palästinensischen Volks ist. Es ersetzt den israelischen Unterdrückungsapparat durch einen palästinensischen Polizeiapparat, der dieselben Aufgaben zu erfüllen hat.

6 Es löst das Flüchtlingsproblem in der Diaspora und im Land selbst nicht. Das heißt, den Vertriebenen, die zum Beispiel im Libanon sind, wird das Recht auf Rückkehr verweigert. Das sind die Menschen, die jahrzehntelang die Last des Widerstands, der Vertreibung und der Massaker trugen und immer noch tragen müssen. Diese Tatsache kann nicht ignoriert werden und wird katastrophale Folgen haben.



7 Mittels dieses Abkommens erreichte das zionistische Gebilde Israel die offizielle Anerkennung durch die Führung der PLO, dagegen akzeptierte Israel die PLO erst, nachdem letztere ihren Charakter als Befreiungsbewegung und Repräsentative des palästinensischen Volks verloren hat.

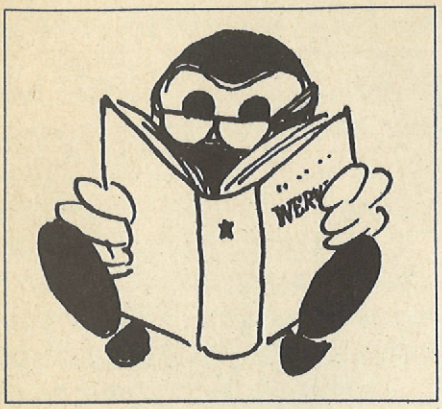
Die Kollektivführung der PFLP und DFLP lehnt das "Gaza-Jericho-Abkommen" ab und betont ihr Festhalten an der PLO als Identitätsgebilde und einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volks. Sie lehnt zugleich die korumpierte Führung unter Arafat ab, da er die Institutionen und ihre Beschlüsse über Bord geworfen hat.Sie erklärt sämtliche Vereinbarungen, die Arafat trifft, für unverbindlich. Die beiden Organisationen werden mit allen anderen palästinensischen Kräften, die gegen das Abkommen sind, über die Form und die Mittel, um dieses erniedrigende Abkommen zum Fallen zu bringen, beraten und handeln. Sie werden darüber hinaus ihre Arbeit in den besetzten Gebieten intensivieren und sich auf die Belange des Volks konzentrieren.

Sie bekräftigen erneut ihre Ablehnung jeglicher Form von Gewaltanwendung innerhalb der palästinensische Reihen und werden diese notfalls mit allen demokratischen Mitteln verhindern.

Wir sind uns darüber im klaren, daß diese Aufgaben nicht leicht zu bewältigen sind, da wir auch wissen, welche Kräfte weltweit hinter diesem Abkommen stehen. Trotzdem sind wir sicher, daß die katastrophalen Folgen dieses Abkommens in nächster Zeit zu spüren sein und nur noch auf Ablehnung stoßen werden. Alle friedliebenden Menschen sind heute besonders aufgerufen, sich für die Rechte des palästinensischen Volks einzusetzen, einschließlich seiner Rechte auf Rückkehr, Selbstbestimmung und eigenen Staat.

## Achtung ein Personenruf!

***Derjenige Genosse, der übernommen hat, für diesen Artikel einen erläuternden Kasten darüber zu schreiben, wer die PFLP und DFLP eigentlich ist, möge sich bitte dringend im TATblatt-Büro melden! Danke!***



## Kap der kleinen Hoffnung

Nach dem Ende des Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion versinkt nicht nur Afrika als Kontinent in der weltpolitischen Bedeutungslosigkeit, sondern auch das einstmals strategisch so wichtige Südliche Afrika. Die letzten Jahrzehnte ließen die westlichen Industrieländer und die weiße Regierung Südafrikas kein Mittel unversucht, unabhängige Entwicklungsmöglichkeiten in Angola und Mozambique zu destabilisieren und letztendlich die Länder durch Intervention und verdeckten Krieg zu ruinieren.

Der derzeitige Zustand der Region ist nur wenig ermutigend. In Angola und Mozambique ist die soziale Ordnung weitgehend zusammengebrochen, sogar im einstmals unverzichtbaren Südafrika wirkt sich das ökonomische und politische Desinteresse der Industrieländer massiv aus und in Namibia und Zimbabwe macht sich Unzufriedenheit unter der Bevölkerung breit. Geduldig wartet dort die Landbevölkerung seit den Siegen der Befreiungsbewegungen ncoh immer auf Landreformen.

Anhand von Einzelbeiträgen arbeiten die AutorInnen genau diesen eingeschränkten Handlungsspielraum für die zukünftige Entwicklung in einem Südafrika nach dem Ende des Apartheid-Systems heraus. Der andauernde Krieg gegen die ehemals sozialrevolutionären Bewegungen in Angola und Mozambique hat jede Hoffnung auf eine grundlegende Änderung der ökonomischen Verhältnisse im Südlichen Afrika vernichtet. Schon bei der Entkolonisierung von Zimbabwe und Namibia tasteten die an die Macht gekommenen schwarzen Regierungen die ungleichen Besitzverhältnisse nicht an. Die bisherigen Verhandlungen des ANC in Südafrika zeigen ebenfalls eindeutig diese Richtung an.

Wer sich gern über die aktuelle Lage in der Region, sowie über die Entwicklung in Angola, Mozambique, Zimbabwe, Namibia und Südafrika in den letzten 20 Jahren und die internationalen Zusammenhänge informieren möchte, hat mit diesem Buch eine ausgezeichnete Grundlage. Daß die Beiträge verschiedene Standpunkte repräsentieren und dabei doch inhaltlich gut aufeinander abegestimmt sind, ist eine Seltenheit und ein weiteres Plus. Und der Preis ist mit 240,- öS auch nicht übertrieben.

**Michael Baiculescu/Joachim Becker (Hg.): Kap der kleinen Hoffnung. Das Südliche Afrika nach der Apartheid, Wien: Promedia Verlag 1993**

## Lateinamerika Jahrbuch

"Die Herausgeber hoffen, daß das Jahrbuch seinen Platz unter den deutschsprachigen Publikationen über Lateinamerika findet", steht in der Vorstellung des Lateinamerika-Jahrbuches. Ob dieser Platz ganz vorne sein wird, mag aber bezweifelt werden.

Die meisten Aufsätze auf den gut hundert Seiten im Teil 1 verärgern aufgrund ihrer nüchtern kritiklosen Distanziertheit. Etwa, wenn die neue Weltmarktorientierung und die fortschreitenden Integrationsprozesse Lateinamerikas hochgejubelt werden, ohne die Unterordnung unter das Diktat der Weltwirtschaft grundsätzlich zu hinterfragen. Oder, wenn der Europäische Binnenmarkt auf seine Auswirkungen auf die lateinamerikanische Wirtschaft hin analysiert wird, und dabei aufgrund des erwarteten verstärkten Wirtschaftswachstum eine verstärkte Nachfrage nach Tropenholz erhofft wird, nicht ohne freilich Befürchtungen bezüglich handelshemmender ökologischer Normen zu hegen, die allerdings durch höhere Weltmarktpreise wieder ausgeglichen würden. Strenger werdende EG-Richtlinien könnten aber auch, dem Jahrbuch zufolge, von Nutzen für Lateinamerika sein. Beispielsweise, wenn die europäische Schwerindustrie aus ökologischen Gründen zur Verlagerung ihrer Industriestandorte in die "Dritte Welt" (pardon, ohne Anführungszeichen, selbstverständlich) gezwungen wird.

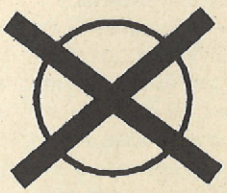
Nun, die LeserInnen müssen ja nicht alles so übernehmen, wie es geschrieben steht. Jedenfalls steckt das Jahrbuch — vor allem im Teil 2 — voller Informationen, Tabellen, Grafiken, einer Übersicht über regionale Integrationsbündnisse und -prozesse, einer übersichtlichen 1991er-Länderchronik u.v.a.m.

Zumindestens als Nachschlagewerk kann es seinen Platz im Regal nutzbringend beanspruchen.

**Albrecht Gleich u.a. (Hg.): Lateinamerika Jahrbuch 1992, Frankfurt am Main, Verlag Vervuert 1992**

*unbezahlbare Anzeige*

**machen sie ihr**



dann dürfen sie es auch 4 Jahre lang tragen

**Eine Initiative österreichischer Autonomer zur Durchsetzung des Wahlboykotts.**

"Günther Jacob ist Journalist und lebt in Hamburg. Als DJ und Autor verschiedener Musikzeitschriften ist er mit Musik und Literatur sowie mit den sozialen Verhältnissen der amerikanischen und britischen Black Communities befaßt. Involviert in antinationalistische Arbeit, schreibt Jacob auch in verschiedenen Zeitschriften über Theorie und Empirie sowie über den Zusammenhang von Lebensstilen und Sozialstruktur." In der Edition ID-Archiv ist das Buch "Agit-Pop" erschienen, das Artikel enthält, die Jacob in den letzten Jahren für verschiedene Publikationen geschrieben hat. Die Artikel wurden für die neuerliche Veröffentlichung durchgesehen und überarbeitet.

# Schwarze Musik und weiße Hörer

*Eine häufig anzutreffende Reaktion bei der Konfrontation mit Hip Hop, Reggae, Raggamuffin etc. ist es, von der Musik der "Anderen" zu sprechen. So war z.B. in der (leider nicht mehr existierenden) österreichischen Musikzeitschrift Vampyroteutis Infernalis vor einigen Jahren zu lesen, daß es keine Auseinandersetzung mit "schwarzer" Musik in V.I. zu lesen gibt, weil sich die SchreiberInnen außerstande sehen, sich mit dieser, ihnen fremden Kultur auseinanderzusetzen. Die selben Leute hatten aber keinerlei Probleme über die obskursten Bands aus den hintersten Kaffs der USA zu schreiben oder Filmen aus Hongkong mehrere Seiten Platz einzuräumen.*

*"Die Subheadline 'Schwarze Musik und weiße Hörer' im Titel dieses Buches greift bewußt jene übliche Sichtweise auf, die sowohl 'uns' als auch 'die anderen' von vorneherein in kollektiven Identitäten fixiert. Noch bevor wir uns z.B. die sogenannte Black Music genauer anhören, steht somit fest, daß es 'deren' Musik ist und nicht 'unsere'." Jacob "kommt es darauf an, Kollektivformeln zu vermeiden, möglichst konkret über Individuen zu reden und auch deren Fehler, etwa autoritäre Auffassungen, nicht zu unterschlagen." Weiters meint er: "Eine Kritik an rassistischen Äußerungen von Personen, die selbst Objekte rassistischer Degradierung sind, stößt nicht zuletzt deshalb auf entschiedene Ablehnung, weil sich viele den abstrakten Fremden nur als unadeligen Fremden vorstellen möchten."*

*Dieses "Reden über Fehler" hat Jacobs schon einiges an (zum Teil berechtigter) Kritik eingetragen. Beispiel: Wie ist die Lobpreisung der Familie in dem Film "Boyz 'n the Hood" des schwarzen Regisseurs John Singleton, der das Aufwachsen in South Central LA zum Thema hat, zu beurteilen? Jacob hat im Vorwort zum Buch "Worte wie Feuer — Dance Hall Reggae und Raggamuffin" (der Text ist auch in Agit-Pop enthalten) dem Musikjournalisten D. Diederichsen vorgeworfen, dieser nehme "eine allzu bequeme Distanzierung vom Eurozentrismus" vor, wenn er in einer Kritik des Films eine Familie in Anbetracht der Situation im Ghetto als "Minimalforderung" versteht.*

*Diederichsen schreibt, daß "es ein Luxus wäre, die in "Boyz 'n the Hood" angepriesenen Familienstrukturen von hier aus mit Begriffen zu kritisieren, die nach 200 Jahren Kleinfamilienterror entstanden sind, während es dort doch buchstäblich weder eine Schule noch eine Familie noch irgendetwas außer Drogenhandel und St. Ides Werbung gibt, das sich um Young Black America kümmert." (aus Konkret 1/92) Für Jacob gibt es keine Unterscheidung zwischen Familie hier und Familie dort. Die Familienpropaganda in "Boyz 'n the Hood" ist "konservativ - patriarchalisch" und deshalb zu kritisieren.*

*Der Musikjournalist Mark Terkessidis greift in die Disskussion ein und schreibt in Spex 8/92: "Günther Jacobs missionarische Feststellung, die einen vom weißen Ratgeber im Stich gelassenen Schwarzen mit einer niedrigen Stufe des Lernens identifiziert, ist ungeheuerlich, und ich begreife diese unbedachte Selbstentblösung, die die eigene Erfahrung, die in einer definitiv anderen Situation gemacht wurde (Familie ist keine Tautologie: vielleicht existiert eine andere Familie als die 'bürgerliche' mit ihren historischen Entstehungsbedingungen und Implikationen), als verbindlich vorschreibt überhaupt nicht."*

*Gibt es also unterschiedliche Erfahrungen, die bei der selben Problemstellung zu verschiedenen und trotzdem richtigen Lösungen führen, oder gibt es nur eine Wahrheit an der alle gemessen werden sollen?*

*Eine ähnliche Diskussion könnte auch über Ice Cube geführt werden: Soll mensch Ice Cube nach seinen Texten, die sich u.a. gegen koreanische EinwandererInnen, Homosexuelle, Frauen und Juden/Jüdinnen richten, messen, oder ist Ice Cubes Schaffen einfach als Gesamtkunstwerk zu betrachten, das nicht in Einzelteilen kritisiert werden soll / kann / darf.*

*Das Vorantreiben der Disskussion über diese Themen gehört zu einer der Absichten von Jacob. Für Interessierte liefert Jacobs Buch ausreichend Stoff dazu.*

*Darüber hinaus bietet das Buch natürlich auch einfach Information z.B. über die Entwicklung der schwarzen Opposition (Black Panther Party etc.) während der letzten Jahrzehnte, die Riots in LA und London (Brixton, Broadwater Farm), die Nation Of Islam, Farrakhan und Malcolm X, Hip Hop in Deutschland etc.. Der 2. Teil des Buches enthält Portraits von und Interviews mit Musiker(Inne?)n und Bands: z.B.: Der Begründer der Dub Poetry Linton Kwesi Johnson spricht über schwarze Linke, "Rassen-" und Klassenkampf, Black Muslims, Nationalismus usw.*

*Ein (nicht gerade billiger) Nebeneffekt des Buches ist, daß die Liste der Platten, die ich mir unbedingt kaufen muß, wieder um ein gutes Stück länger geworden ist. Günter Jacob kommt am 27.11. nach Wien ins Bach. Es wird eine Lesung aus Agit-Pop mit anschließender Diskussion geben. Danach tritt Jacob auch als DJ in Aktion.*

## Betrifft: Schnöden Mammon

Wie vielleicht schon allgemein aufgefallen sein dürfte, verdient sich auch das TATblatt-Kollektiv an bezahlten Anzeigen mittlerweile wenn schon keine goldene, so doch eine blecherne Nase. Das habt Ihr bzw. hast Du schon immer vermutet? War nur eine Frage der Zeit!?

Nun, zur Richtigstellung: die Ankündigung der Landesversammlung der Grünen Alternative im letzten TATblatt war kein Aufruf, sondern eine Anzeige. Um Mißverständnisse, die politische Parteien betreffen, in Zukunft zu vermeiden werden ab jetzt alle Anzeigen als solche gekennzeichnet. Und damit erst gar keine Gerüchte entstehen stellen wir fest, daß die Höhe des Anzeigenhonorars durch die GA nicht im entferntesten an die zwei Millionen pro Jahr herankommt, die sie den VGÖ für deren Stillhalten in den Rachen werfen woll(t)en. Die GA zahlt nicht mehr, als unseren normalen Tarif.

Womit wir schon beim Kern der Sache wären. Bei der Anzeigenkeilerei klären sich manche Dinge, die zuletzt im TATblatt eher abstrakt diskutiert wurden, nämlich der Zustand der Linken in Österreich. Inserate keilen ist niemals eine besonders lustige Angelegenheit, aber in einer (fiktiven?) linken Szene sollte es doch Unterschiede geben, trägt doch angeblich die alte Gesellschaft schon stets den Keim der neuen in sich. Nach einigen Monaten praktischer Erfahrung können wir sagen, daß das Verhalten von Schallplattengeschäften, Buchhandlungen, Verlagen, Beisln und Veranstaltungszentren überwiegend schlichtweg zum Kotzen ist. Da gibt es die beliebte Absage von Veranstaltern (z.B. Musik), die "kein Geld haben", obwohl sie zur KIBA der Gemeinde Wien gehören, oder mehrere Millionen Subventionen pro Jahr bekommen, oder das nötige Geld für 10 bis 20 Falter-Inserate pro Monat sehr wohl haben, beim TATblatt aus finanziellen Gründen (ein Falter-Inserat kostet ungefähr das fünffache von einem Tb-Inserat) sparen müssen. Oder da gibt es Plattengeschäfte, bei denen "so viele kommen" und die deswegen keine Zeit haben. Oder grüne Yuppie-Beisln am Spittelberg, die mit Geschäftsteilhabern getroffene Abmachungen überhaupt egal sind und die Erfüllung von mühsam ausgehandelten Verträgen schlichtweg verweigern, u.a. mit der Begründung, daß sie wegen ihres gemischten Publikums "in politischen Zeitungen nicht inserieren. Im Falter oder Wiener schon". Und da sind die überhaupt leiwanden Typen, die freundlich zusagen und wo trotz permanenter Erinnerungsanrufe und neuerlicher Zusagen niemals eine Vorlage eintrifft.

Grundsätzlich sollten sich die Sparmeister und die vom vielen Geschäftemachen Überlasteten einmal überlegen, wie wir reagieren werden, wenn euch die Gemeinde oder der Bund mal wieder den Subventionshahn abdreht oder irgendwelche Bürokraten Schikanen vom Stapel lassen und dann wieder das Gewinsel nach "Solidarität", weil wir ja angeblich alle in einem Boot sitzen, losgeht. Und weil die Journaille Euch mit Sicherheit ignorieren wird, werdet Ihr Euch vermutlich auf der Suche nach Öffentlichkeit an das vieleicht noch immer existierende TATblatt wenden, dessen LeserInnen ja ohnehin brav bei Euch all die Zeit konsumiert haben ohne daß Ihr extra dafür was tun habt müssen.

Soweit, so frustig. Ein Dank an unsere freundlichen InserentInnen und jene, die uns nicht verarscht haben (Bach, HTU-Cinestudio, Amerlinghaus).

p.s. Noch ein Rüffel: an die SchnorrerInnen, die mehrere Probeabos bei uns abkassieren wollen. Das ist dank unserer beinahe perfekten Adreßverwaltung sinnlos. Und außerdem wollen wir ernsthaft fragen, ob diejenigen vom Kapitalismus schon völlig verblödet sind. Macht das gefälligst bei Zeitungen, die Miethaie als Finanzquelle haben, oder wo deutsche Medienkonzerne die Millionen reinbuttern.

## Was noch zu sagen bliebe ...

... Wie wohl den wenigsten von euch entgangen sein wird, feierte das TATblatt sein 5-jähriges Bestehen mit einem Fest – und ich kann euch nur sagen, es war ein rauschendes. WelcheR es versäumt hat, wird es noch ewig bereuen.

An die 400 Menschen erfreuten uns mit ihrem Besuch, die Musik war leiwand, die Stimmung gut, Essen und Trinken gerade genug, ... dementsprechend dauerte das Fest bis um 1/2 8 Uhr morgens.

Und daß alles so toll und schön und nett war, haben wir zu einem guten Teil den lieben Menschen vom EKH zu verdanken, die uns nicht nur ihr neu eröffnetes (besuchenswertes!) Beisl zur Verfügung stellten, sondern auch ihre unentgeltliche, solidarische und engagierte Arbeitskraft, vom Ausschenken über Technix bis zum Putzen!

Nicht zu vergessen natürlich auch die Musikgruppen, die nur gegen einen geringen Spesenersatz den halben Tag und (fast) die ganze Nacht für uns im Einsatz waren.

Also: Ein großes DANKE an euch. Und all die anderen, die uns (aus)geholfen haben, und natürlich die vielen Menschen, die unser Fest! besucht haben.

Die hereingekommenen Spenden ermöglichten es uns endlich, einen großen Teil unserer Schulden zu bezahlen, sodaß wir euch (hoffentlich) in näxter Zeit mit unseren Schnorrereien etwas verschonen können.

## Betrifft: "unterbelichtet"

"Recht humorlos und kulturell etwas unterbelichtet" wäre er also, der Leserbriefschreiber aus dem TATblatt minus 2, las ich im "Betrifft: TATblatt" der Ausgabe minus 1, und das, wie mir schien, bloß deswegen, weil er es gewagt hatte, nicht die Meinung des "Betrifft"-Schreibers von Ausgabe minus 3 vertreten zu wollen.

Es ist dabei für mich vollkommen unwesentlich, ob der "Betrifft"-Schreiber nun irgendwelche Gründe für seine Beschimpfungen hatte, denn wenn, hätte er diese ja anführen können, anstatt W.T. einfach erklärungslos zusammenzuscheißen. Ich finde es einfach unerträglich, wenn LeserInnenmeinungen in so einer arroganten Form niedergemacht werden — noch dazu wegen so einer Lappalie! Nicht zuletzt meine ich, daß, wenn geistige Gebrechen, sei es zum Zwecke der Beschimpfung oder aus anderen Gründen, unterstellt werden, damit eine Wertung in mehr oder minder wertes Leben unternommen wird. Auch wenn ich überzeugt bin, daß der Betrifft-Schreiber das so sicher nicht gemeint hat, gibt es doch Leute, die dies so verstanden haben.

Die Reaktion auf diesen Leserbrief überbot meines Erachtens den endlich überwunden geglaubten TATblatt-Diskussionsstil von vor drei/vier Jahren. Wir hatten lange gebraucht, bis LeserInnen endlich wieder gewagt haben, dem sich fast schon als unantastbar gebärdenden TATblatt-Kollektiv Lesy-Briefe zu schreiben. Nach dem "Betrifft: TATblatt" von der letzten Ausgabe wäre *mir* jedenfalls die Lust vergangen, mich mit dieser Zeitung aktiv auseinanderzusetzen, wenn ich nicht selbst Mitglied dieses Kollektivs wäre.

Aus diesen Gründen empfinde ich es als unerläßlich, darauf hinzuweisen, daß das "Betrifft: TATblatt" vom letzten Mal nur die persönliche Meinung dessen Schreibers darstellte.

Im übrigen fand ich den Brief W.T.s ziemlich nett, wenngleich vielleicht auch mitunter deswegen, weil ich auch für die andere Farbe am Titelblatt und gegen das kleine englischsprachige Logo war.

*Ein humorloser und*
*kulturell etwas unterbelichteter*
*TATblatt-Schreiberling*

***Was wir bisher eigentlich noch nie geschrieben haben: um dieses "Logo" ging es eigentlich:***

ADVISORY

# Steiermark

### 15. bis 26. November

*Klimavisionen, Multivisionsschau von Greenpeace,
15. Nov., 19.30, Kapfenberg, Haus der Begegnung, Lannergasse 1, Schirmitzbühel
16. Nov., 20.00, Schladming, Stadtsaal
18. Nov., 19.30, Deutschlandsberg, Koralmhalle
19. Nov., 19.30, Voitsberg, Volkshaus
22. Nov., 19.30, Leibnitz, Hugo Wolf Saal
23. Nov., 19.30, Feldbach, Mehrzweckhalle
24. Nov., 19.30, Graz, Haus der Jugend, Orpheumgasse 8
26. Nov., 20.00, Bad Radkersburg, Aula des BRG, Neubaustraße 9
Eintritt: S 80,—, ermäßigt: S 50,—

### Mittwoch, 24. November

*18.00, **Könige, Väter, Präsidenten: Leadership in Afrika**, Gespräch mit Rashid Akinyemi (Nigeria) und Alain Kadiebue (Zaire), Infos: ÖIE-Steiermark, Tel: 0316/82 11 37

# Burgenland

### 1. bis 19. November

*OHO, Offenes Haus Oberwart, Lisztgasse 12, 7400 Oberwart, Tel: 03352/8555: Ausstellung: **Zaungäste**, eine Aktion geflohener und nicht geflohener Bildender Künstler aus Bosnien, Serbien, Kroatien,...; im Rahmen von "Friedenskulturll" — "Tanz im Spinnennetz: Das Prinzip Hoffnung", Info bei OHO

### Freitag, 12. November

*fee (familien ergänzende Elterninitiative), 7411 Markt Allhau 106, Tel: 03356/7171, Kursbeginn für die **"Workshops mit Musik für Kinder"**, zwei getrennte Workshops: Alter 2-5 (von 14.00 bis 15.00) bzw. 5-10 Jahre (von 15.00 bis 16.00). Kursleiterin Barbara Peindl

### Freitag, 19. November

*fee (familien ergänzende Elterninitiative), 7411 Markt Allhau 106, Tel: 03356/7171, Kursbeginn für die **"Workshops mit Musik für Kinder"**, zwei getrennte Workshops: Alter 2-5 (von 14.00 bis 15.00) bzw. 5-10 Jahre (von 15.00 bis 16.00). Kursleiterin Barbara Peindl

*OHO, Offenes Haus Oberwart, Lisztgasse 12, 7400 Oberwart, Tel: 03352/8555: Auftaktveranstaltung einer Projektreihe: **Angst als eine politische Kategorie — Muster für ein neues Prinzip Hoffnung**, mit der Auftaktveranstaltung soll die Paradoxie des Themas im Spannungsfeld zwischen Angst und Hoffnung umrissen werden; in einer Reihe von Vortrags- und Diskussionsabenden wird ein Zugang zum Generalthema gesucht; im Frühjahr 1994 soll dann im Rahmen eines Symposiums der Versuch unternommen werden, die Ergebnisse der Veranstaltungsabende mittels Referaten, Diskussionsrunden und Arbeitskreisen aufzuarbeiten; Veranstaltung im Rahmen von "Friedenskulturll" — "Tanz im Spinnennetz: Das Prinzip Hoffnung", Info bei OHO

### Dienstag, 23. November

*14.00 bis 16.00, fee (familien ergänzende Elterninitiative), 7411 Markt Allhau 106, Tel: 03356/7171, Kursbeginn für **"Zusammen mit Kindern die plastische Welt des Tones erspüren"**, Alter: 3-10 Jahre, Kursleiterin Doris Deixler, weiterer Termin: 7. Dezember

### Freitag, 26. November

*fee (familien ergänzende Elterninitiative), 7411 Markt Allhau 106, Tel: 03356/7171, Kursbeginn für die **"Workshops mit Musik für Kinder"**, zwei getrennte Workshops: Alter 2-5 (von 14.00 bis 15.00) bzw. 5-10 Jahre (von 15.00 bis 16.00). Kursleiterin Barbara Peindl

### 26. bis 28. November

*OHO, Offenes Haus Oberwart, Lisztgasse 12, 7400 Oberwart, Tel: 03352/8555: Symposium: **Die Droge — der latente Krieg gegen das Ich**, im Rahmen von "Friedenskulturll" — "Tanz im Spinnennetz: Das Prinzip Hoffnung", Info bei OHO

# Tirol

### 11. bis 12. Nov.

*15.00, Innsbruck, RPI, Riedgasse 11, **Ausländerfeidlichkeit — Migration — Rassismus**, Seminar für LehrerInnen mit Peter Stöger und Hans Peter Graß

# Salzburg

### Freitag, 19. November

*19.00, Clubraum der Kath. Hochschulgemeinde, Wr.-Philharmoniker-Gasse 2, **Südafrika am Wendepunkt** zur Demokratisierung, Kurzreferat, anschließend Kulturprogramm mit südafrikanischer Musik (Veranstalter u.a.: AAB, ÖIE, AAI,..)

# OÖ

### Freitag, 12. November

*19.30, Braunau, AK-Saal, **Klimavisionen**, Multivisionsschau von Greenpeace, Eintritt: S 80,—, ermäßigt: S 50,—

### Samstag, 13. November

*21.00(?), KANAL, Josefstal 21, 4311 Schwertberg, **Flavour Force Posse** (Heizkost'nzuschußdisko)

### Freitag, 19. November

*21.00(?), KANAL, Josefstal 21, 4311 Schwertberg, **Djangos Erben Teil 2**: "Blaue Bohnen" mit D!ZZY "Sitting Bull" D!$$A Crazy Horse-Elwood

### Samstag, 20. November

*22.00, KANAL, Josefstal 21, 4311 Schwertberg, **Bumpy House**

### Freitag, 26. November

*21.00(?), KANAL, Josefstal 21, 4311 Schwertberg, **And all because the Lady loves** (britisches Frauenduo)

# NÖ

### Donnerstag, 11. Nov.

*21.00, pinguin, augustingasse 4, 2700 Wr. Neustadt, Tel: 02622/28067, **Double Nelson** (frankreich; avantgardistisch-maschinell)

### Samstag, 13. November

*21.00, pinguin, augustingasse 4, 2700 Wr. Neustadt, Tel: 02622/28067, **False Friends** (deutschland; pop-ska-schnell)

### Freitag, 19. November

*18.00, pinguin, augustingasse 4, 2700 Wr. Neustadt, Tel: 02622/28067, cover-vernisage: **Trost** für euch!, **Bray** (w), **Scrooge** (w)

### Freitag, 26. November

*21.00, pinguin, augustingasse 4, 2700 Wr. Neustadt, Tel: 02622/28067, **Los** (wr. neustadt; legendär, bizarr)

### Samstag, 27. November

*21.00, pinguin, augustingasse 4, 2700 Wr. Neustadt, Tel: 02622/28067, **Fuckhead** (linz; brachialer hardcore)

# Wien

### 10. bis 14. November

*ab 19.00, Literaturhaus Wien, 7., Zieglergasse 26a, **"Die Sprache an den Wänden"** (Symposion der Grazer Autorenversammlung in Zusammenarbeit mit dem Kulturverein Innere Stadt; u.a.: 12.11.: 19.00, "Graffiti als Jugendkunst" — Diskussion über Legalität und Illegalität von Graffiti, Vandalismus, Volkskunst, ..; 13.11.: 19.00, Film: "Wild Style", und "Style Wars" — die Filme werden in Österr. offiziell zum ersten Mal gezeigt;

### Donnerstag, 11. Nov.

*9.00 bis 17.00, Hotel Stefanie, 2., Taborstraße 12, Tel: 211 50-0, **Telekommunikation, ISDN und Datenschutz**, Stand der Technik und Trends, Kostenbeitrag: S 2.900,—, Anmeldung und Infos bei: ARGE Daten, 9., Liechtensteinstraße 94

*18.30, iwk (Institut für Wissenschaft und Kunst), 9., Berggasse 17, Tel: 0222/34 43 42, Dr. Rita Kirschbaum (AK Wien): **Sozialpolitik in der EG**

*18.30, Universität für Bodenkultur, Hörsaal XII, 18., Gregor Mendel Straße 33, **"Menschenrechte und Entwicklung"**, Vortrag von Dr. Ilse Freiwirth (dzt: tätig am UNO-Menschenrechtszentrum in Genf) mit einem kurzen Überblick über die Resultate der UNO-Menschenrechtskonferenz im Juni 93 in Wien und derzeitige wie auch zukünftige Entwicklungen, weiteres Thema soll die Verknüpfung von Menschenrechten und Umweltschutz sein (organisiert durch Mecca, 7., Apollogasse 14/2/11)

### 11. bis 13. November

*ARGE-Umwelterziehung, 1., Hegelgasse 21/1, Tel: 513 29 62-13, **10 Jahre ARGE-Umwelterziehung — Internationale Tagung** im Europahaus in Wien, mit Vorträgen (u.a. Vernetzt denken, Community Education, Naturerfahrung, "Betroffenheit schaffen", Grüne Berufe,..), Workshops (Phänomene zwischen Natur und Technik, "Natur arte", Weben & Winden, "Camera obscura natura", literarischer Naturerlebnispfad,...), Mitmach-ausstellung und viel Zeit zum Feiern (Live-Musik: daniela sax & wolfgang piano, DJ: Dino)

### 11. bis 14. November

*20.00, Reigen, 14., Hadikgasse 62, **Internationales Frauenmusikfestival Wien** (nur für Frauen), eine Femmage an österreichische und internationale Musikerinnen, (11.11.: Reni Hofmüller & Annette Giesriegl (Graz), Zuby Nahty (Prag), Grooving Vibes (Dortmund), 12.11.: Spring o Rum (Wien), Electric Lady Land (Berlin), Domina Dea (Zürich/Nürnberg), 13.11.: Joelle Leandre (Paris), Sylvia Bruckner (Wien), Blech, Bass und Bellaphonie (Bielefeld), Original Sin (London), 14.11.: Judith Pahola (Wien), Just another Day (NL/A), Kick la Luna (Frankfurt)

### Freitag, 12. November

*19.00, iwk (Institut für Wissenschaft und Kunst), 9., Berggasse 17, Tel: 0222/34 43 42, **Wohin führt der Wechselwählerkurs**, unter diesem Titel ist von Dipl.Ing. E. Gehmacher ein Artikel erschienen, der Autor wird an diesem Abend die Diskussionseinleitung geben

*24.00, EKH (Ernst Kirchweger Haus), 10., Wielandgasse 2-4, Tel: 60 39 993, **Scrooge** (Gelungene Fusion von Jazz und Hardcore; A), **False Friends** (Rüb'n Roll-Ska; D), Eintritt: S 70,—, DJ: Batschi

### 12. bis 14. November

*21.45, Star Kino, 7., Burggasse 71, Tel: 93 46 83, **"Forbidden Love"** präsentiert die Geschichten jener Lesben, die sich in den 50er und 60er Jahren von ihrer Sehnsucht nach Gemeinschaft bei der gefährlichen Suche nach den wenigen öffentlichen Kneipen und Bars, die offen homosexuell lebende Frauen tolerierten, leiten ließen; den Frauen, die —wie Laura, die Protagonistin der herzergreifend schmalzigen Love-Story — mutig den Schritt aus der Isolation wagten, ist dieser Film gewidmet

### 14. und 15. November

*jeweils 20.00, VZA (Verein Zentrum Aichholzgasse), 12., Aichholzg. 52, Tel: 0222/812 29 31/0, Denk- und Gedenklesung: **9. November 1938/1993**, in Gedenken an die Reichskristallnacht am 9. November 1938 aber auch zum Bewußtwerden des heutigen alltäglichen Rassismus in Gesellschaft und Politik, mit Texten von Fried, Brecht, Anne Frank, Bernhard, Scharsach, Jandl, Qualtinger u.v.a., Musik: Kurt Weil/Jura Soyfer, Eisler/Esser, Langhoff, Mayer, Beinhofer/Erich Kästner, u.v.a.

### Montag, 15. November

*18.30, iwk (Institut für Wissenschaft und Kunst), 9., Berggasse 17, Tel: 0222/34 43 42, feministische Politikwissenschaft: Mag. Ela Hornung: **Soldaten in der Deutschen Wehrmacht, Konstruktionen männlicher Identität**

### Dienstag, 16. November

*16.00 bis 20.00, VZA (Verein Zentrum Aichholzgasse), 12., Aichholzg. 52, Tel: 0222/812 29 31/0, **Methodentag II**, Erörterung der wichtigsten Punkte aus dem medienrecht für Schülerzeitungen

*18.00, VZA (Verein Zentrum Aichholzgasse), 12., Aichholzg. 52, Tel: 0222/812 29 31/0, Film im Café: **Yol (Der Weg)**

*18.30, iwk (Institut für Wissenschaft und Kunst), 9., Berggasse 17, Tel: 0222/34 43 42, Theorie und Praxis der Interkulturalität: Mag. Alain Kadiebue (Kinshasa/Wien): **Das Moderne in der afrikanischen Gesellschaft**

*19.30, Amerlinghaus (Verein Kulturzentrum Spittelberg), 7., Stiftgasse 8, Tel: 93 64 75, Diavortrag: "Eine Frauenreise durch die Amerikas", vier Monate reisten Ulrike Lunacek und Margarete Neundlinger durch Chile, Mexiko und die USA (Eine Veranstaltung der Nicaragua-Brigadistinnen)

## 16. Nov. bis 1. Dez.

*20.00, HOSI Wien, 2., Novaragasse 40, Tel: 26 66 04, Aids-Offensive: **AIDS-Infowochen 93**, nähere Info bei HOSI

## Mittwoch, 17. November

*18.30, iwk (Institut für Wissenschaft und Kunst), 9., Berggasse 17, Tel: 0222/34 43 42, feministische Theorie und Frauenforschung: Kathrin Heinzel: **Der mobilisierte Blick — Ein Beitrag zur Diskussion der neuen Medien**

*20.00, HOSI Wien, 2., Novaragasse 40, Tel: 26 66 04, Lesbengruppe: **Lesben und AIDS**, "ist Safer Sex wirklich notwendig?" — Vortrag von Mag. Tina Schröder

## Donnerstag, 18. Nov.

*18.30, iwk (Institut für Wissenschaft und Kunst), 9., Berggasse 17, Tel: 0222/34 43 42, im widerschein der Fackel: **Karl Kraus und die Wienerische "Moderne"**

*18.30, iwk (Institut für Wissenschaft und Kunst), 9., Berggasse 17, Tel: 0222/34 43 42, Nationalsozialismus in der Provinz: Mag. Eleonore Lappin: **die Lager der ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter in "Niederdonau" 1944/45**

*20.00, Amerlinghaus (Verein Kulturzentrum Spittelberg), 7., Stiftgasse 8, Tel: 93 64 75, Lesung: Peter Campa **"Auf der Reise"** (in Zusammenarbeit mit der Grazer AutorInnenversammlung)

*21.00(?), ARENA, 3., Baumgasse, **ICE-T feat. BODY COUNT**

## 18. Nov. bis 12. Dez.

*jeweils Donnerstag und Freitag 10.00, Samstag und Sonntag 16.00, (Premiere Fr.19.11.93, 19.00), InterkulTheater, 6., Filligradergasse 16, Tel: 587 05 30, **"Sprit"**, ein Stück über Jugendliche, Erwachsene und Alkohol; ein Stück über Lügen, Angst und Einsamkeit und die Macht von Zuneigung und Vertrauen; ein Stück für Kinder und Jugendliche (aber auch Erwachsene), das deren Probleme ernst nimmt und vielleicht Betroffenen einen Weg weist, den Teufelskreis der Familienkrankheit Alkohol zu durchbrechen

## Freitag, 19. November

*21.00, EKH (Ernst Kirchweger Haus), 10., Wielandgasse 2-4, Tel: 60 39 993, **Die Musikkapele** (Avantgarde-Pop; A), DJ: X?X?, Eintritt: S 40,—

## Samstag, 20. November

*?, EKH (Ernst Kirchweger Haus), 10., Wielandgasse 2-4, Tel: 60 39 993, **Dalf-Fest**

*19.30, Frauencafe, 8., Lange Gasse 11, **"Well Sexy Women** — A Lesbian Guide to SEXual Health" (Doku mit Spielfilmszenen), konzipiert mit der führenden HIV/Aids-Beratungsstelle Englands, verbindet div. erotische (Safer)-Sexszenen (Darkroom, Dildo etc.) mit fundierten Diskussionsbeiträgen über lesbische Sexualität und Gesundheitsrisiken, um mit den Mythen rund um das Thema "Lesben und Aids" aufzuräumen, aufklärend, informativ, provokativ (women only)

*21.00(?), ARENA, 3., Baumgasse, **ICE-T feat. BODY COUNT**

## Sonntag, 21. November

*?,EKH (Ernst Kirchweger Haus), 10., Wielandgasse 2-4, Tel: 60 39 993, **Konzert: Paste** (melodiöser Gittaren-Pop; A), DJ: Thomas

## Montag, 22. November

*18.30, iwk (Institut für Wissenschaft und Kunst), 9., Berggasse 17, Tel: 0222/34 43 42, Philosophie — Ideologie — Nationalsozialismus: Sebastian Meissl: **Völkische Diskursformen der deutschen Literaturwissenschaft seit dem 1. Weltkrieg**

## Dienstag, 23. November

*18.00, VZA (Verein Zentrum Aichholzgasse), 12., Aichholzg. 52, Tel: 0222/812 29 31/0, Talk im Café: **"Minderheiten & Menschenrechte"**

*19.30, Amerlinghaus (Verein Kulturzentrum Spittelberg), 7., Stiftgasse 8, Tel: 93 64 75, Vortrag: **"Atemsynthese I"** (J. Hermann, Veranstaltung der Gesellschaft für Alternative Medizin)

## Mittwoch, 24. November

*18.30, iwk (Institut für Wissenschaft und Kunst), 9., Berggasse 17, Tel: 0222/34 43 42, die 3. Welt der Frauen: Hon.-Prof.Dr. Dorothea Gaudart (Institut für Soziologie, Wien): **Frauenrechtsbildung in der Entwicklungszusammenarbeit**

*18.30, iwk (Institut für Wissenschaft und Kunst), 9., Berggasse 17, Tel: 0222/34 43 42, Schule und Gesellschaft: **Bildungssystem:** Von der Gesellschaftsperspiktive zur kulturpolitischen Spielwiese?

*19.30, Amerlinghaus (Verein Kulturzentrum Spittelberg), 7., Stiftgasse 8, Tel: 93 64 75, Vortrag: **"Energie-Balancing nach Randolph Stone"** (H.H. Steiden, Veranstaltung der Gesellschaft für Alternative Medizin)

*20.00, HOSI Wien, 2., Novaragasse 40, Tel: 26 66 04, Lesbengruppe: **Alternativmedizin**, "Einführung in die Bachblütentherapie" — Vortrag von Dr. Birte Stockinger

## Donnerstag, 25. Nov.

*20.00, Amerlinghaus (Verein Kulturzentrum Spittelberg), 7., Stiftgasse 8, Tel: 93 64 75, Vortrag: **"Die Menschwerdung III.: Die drei Wege des Freiwerdens"** (H. Stiefsohn)

*20.00, HOSI Wien, 2., Novaragasse 40, Tel: 26 66 04, Jugendgruppe: **Bisexualität**, Eigenständige Sexualform oder "bloß zu feig zum Deklarieren?" — Diskussion

## Freitag, 26. November

*12.00, Karlsplatzpassage, **Infotischstraße, ev. Straßenkunst zu: Aushöhlung der Bürgerlichen Rechte** — siehe TATblatt minus 1, Seite 5, (es sollten sich möglichst viele Gruppen mit Infomaterial und -tischen an der Kundgebung beteiligen), Kontakt: WUK-Umweltbüro, Tel: 402 69 55

*24.00, EKH (Ernst Kirchweger Haus), 10., Wielandgasse 2-4, Tel: 60 39 993, **Kurort** (bleischwere Passagen gegen treibende Speed-Riffs; A), **Narmalik** (österreichisch gesungener Pop-Punk; A), DJ: Tiberiju, Eintritt: S 70,—

## Samstag, 27. November

*19.30, Frauencafe, 8., Lange Gasse 11, **"Lesbian Lykra Shorts — Eine Kurzfilmkollektion"**: "Can't You Take A Joke?" (Jenni hat nicht lediglich ihren Sinn für Humor verloren, vielmehr wurde er ihr geklaut; die Polizei verweist sie auf die Privatdetektivin Laura Hunt; die wurde aber gerade vor wenigen Tagen begraben; doch Amanda, die die Comic-strips zeichnet, in denen Laura auftaucht, verspricht Hilfe...), "Reservaat" (Herbst in einem abgeschiedenen Wald, zwei Frauen tanzen leise durch die Blätter; Scheue Blicke, leidenschaftliche Bewegungen; Eine lange Wand trennt sie vom Rest der Welt,...), "Domestic Bliss" (Emma zieht zu ihrer Geliebten, einer erfolgreichen Ärztin; Und mit ihr ihre Tochter Jenny mit ihren Ratten; Eine Ladung Kuverts für die Heimarbeit, eine verrückte Nachbarin und ein Vater mit Betreuungspflichten vervollständigt das Chaos...), (women only)

*20.00, EKH (Ernst Kirchweger Haus), 10., Wielandgasse 2-4, Tel: 60 39 993, **Def for all the undef Deatheads** (mit Tortured by Culture, Squatters, Inherent Obscurity), DJ: Sascha, Eintritt: S 50,—

# Regelmäßige Termine:

## Linz

*__Aidshilfe__, Langg. 12, 4020 Linz; Öffnungszeiten: Montag 15.00 bis 18.00, Mittwoch 17.00 bis 20.00, Donnerstag 10.00 bis 13.00, Freitag 12.00 bis 15.00; Tel: 07 32/21 70.

*__Homosexuelle Initiative Linz__ (Postfach 43, 4013 Linz), **Rosa Telefon:** 07 32/78 20 51 jeden Montag 20.00 bis 22.00 (sonst Tonbanddienst)

## NÖ

*__Antifa Treffen__, jeden Dienstag um 18.30, pinguin, augustingasse 4, 2700 Wr. Neustadt, Tel: 02622/28067,

## Wien

*jeden Tag, ab ca. 17.00: **Telefonzeitung "AnNa"**, die ANderen NAchrichten unter Telefon Nr. 58801-5801

*__Das Frauenzentrum-Beisl__, 1090 Wien, Währingerstr. 59/6 Ecke Prechtlgasse; Öffnungszeiten: Mittwoch und Freitag 19.00 bis 24.00, am 1. Samstag im Monat Disco ab 21.00, jeden 2. Samstag im Monat rauchfreie Disco ab 21.00, jeden 4. Samstag im Monat 21.00 bis 1.00 (keine Diskussion)

*__RaF__ (Radfahren am Freitag) jeden Freitag ab 16.00, Treffpunkt: Radhausplatz

*__Ernst-Kirchweger-Haus__ (1100 Wien, Wielandgasse 2-4):
Freitag bis Sonntag 18.00 bis 2.00: **Beisl** (Café und Infos, Zeitungen, Spiele, Essen und Getränke)
jeden Donnerstag ab 21.00: **Rechtshilfedisco**

*__ANTIFA-KOMITEE Treffen:__
Antifa-Süd: jeden 1., 3. und 5. Freitag, 19.00 im Rotpunkt (5., Reinprechtsdorferstr. 6), nächster Termin: 15.10., 29.10., usw.
Antifa-West: jeden Mittwoch um 18.45 bei der U6-Station Westbahnhof — oben; (da's noch kein fixes Lokal gibt — Treffen dann in irgendeinem Cafe)
Antifa-Nord: jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 19.00 im Restaurant Wienerwald am Engelsplatz (20., Marchfeldstr. 27) im Hinterzimmer, nächster Termin: 25. 11., 9. 12, usw.
Antifa 1: jeden Freitag um 16.00 im Hegelhof (1., Johannesgasse)
Antifa-Lehrlingsgruppe: jeden Freitag um 19.00 im Siebenstern (7., Siebensterngasse 31)

*__AIDS-Hilfe Wien__ — Beratungsstelle (1080 Wien, Wickenburgg. 14), Öffnungszeiten: Dienstag 16.00 bis 20.00, Donnerstag 10.00 bis 14.00, Freitag 14.00 bis 18.00; Telefonische Beratung: Montag und Mittwoch 10.00 bis 14.00

*__Positive Line__ (Positive beraten Positive): Montag 15.00 bis 19.00; Tel: 408 61 86, 408 61 87

*__Safer Sex Hotline:__ Mittwoch und Freitag 18.00 bis 20.00, Tel: 408 61 86

*__Positiv-Telefon__ Montag 14.00 bis 17.00, Tel: 403 33 74, 408 67 49

jeden Freitag 19.00 bis 22.00 ist **Club Treffen** (1080 Wien, Lenaug. 17, durch den Hof, 1. Stock, bei AIDS Hilfe anläuten)

*jeden Mittwoch 21.00: **Gay-Girl-Night** (nur für Frauen) im Volksgarten (Eintritt: S 60,—)

*__HOSI-Zentrum__ (1020 Wien, Novarrag. 40, Tel: 0222/26 66 04)
jeden Dienstag 15 bis 20.00: Das positive Café
auch Dienstag ab 20.00: Allgemeiner Abend
jeden Mittwoch ab 20.00: Lesbengruppe
jeden Donnerstag ab 19.00: Jugendgruppe
jeden Freitag ab 21.00: Frauentanzabend
jeden Samstag ab 19.00: Treffen für HIV-Positive

*__Europa Kontrast — Anti EG Initiative__, jeden 2. Mittwoch ab 18.00: EG Büro, 9., Liechtensteinerstraße 123, Tel: 34 67 564, (nächstes Treffen: 17. November)

*__Nuclear Safety — Interdiecipllinary Approach__
im Wintersemester jeden Freitag von 13.00 bis 14.00, Vorlesung und Diskussion (in Englisch) am Institut für Festkörperphysik, 9., Boltzmanngasse 5, 3. Stock, Kleiner Hörsaal, von Louli Andreev (er war Leiter der Dekontaminationstruppe in Chernobyl und entwickelte aufgrund dieser Erfahrungen eine kritische Position gegenüber der Nuklearenergietechnik und deren "Sicherheitsphilosophie"), nähere Information bzw. Vorlesungsprogramm bei: Univ. Doz. Dr. Kromp, Tel: 310 68 10

*Nach mehr als fünf Jahren "Minusnummern" (begonnen haben wir bekanntlich mit der Nummer "minus 101") sind wir also nun tatsächlich bei der Nullnummer angelangt. Spätestens jetzt sollte alles anders werden, haben wir uns gedacht — vor fünf Jahren. Zweitageszeitung, Tageszeitung,.. — aber unsere Pläne und die etwas anders gelaufene Entwicklung haben wir ja bereits anläßlich unseres 5-Jahre-Jubiläums in der vorigen Ausgabe nacherzählt.*

*Das einzige, was sich wirklich ändert, ist die Numerierung. Für uns gänzlich ungewohnt werden wir fortan nicht mehr runter- sondern raufzählen.*

*Ansonsten steht alles wichtige ohnehin am Titelblatt, auch wenn sich dieses wohl besser für die Ausgabe 42 geeignet hätte (was die, die schon das Titelblatt nicht verstanden haben, wohl jetzt noch weniger verstehen werden, und außerdem lege ich Wert auf die Feststellung, daß wir die Fernsehfassung beschissen finden und uns ausschließlich aufs Buch beziehen!)*

***Nun aber noch zu etwas ganz besonderem:***

*Anläßlich der historischen Feierstunde lüften wir — auf vielfachen Wunsch — heute endlich unser bestgehütetes Geheimnis, und verraten, wer denn nun eigentlich wirklich hinter dem TATblatt steckt. Wir präsentieren das erste authentische Foto des TATblatt-Kollektivs, aufgenommen beim Jubiläums-Plenum am 4. November 1993! Prosit!*

## TATblatt

***TATblatt-Plenum:***
*jeden Donnerstag um 19 Uhr im TATblatt-Büro:*
*Wien 6, Gumpendorferstraße 157/11*
***Büroöffnungszeiten:***
*Mittwoch: 14 — 18 Uhr*
*Donnerstag: 14 — 18 Uhr*
*Freitag: 15 — 18 Uhr*

## TATblatt-Abo:

*einfach beiliegenden Erlagschein (P.S.K. 7547 212 — Empf: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt) ausfüllen (Name und Adresse auch am rechten Abschnitt vollständig eintragen!!!) und einzahlen!*
***Preise innerhalb Österreichs:***
*10-Nummern-Abo: 140,- Öschis*
*20-Nummern-Abo: 270,- Öschis*
***Preise außerhalb Österreichs:***
*10-Nummern-Abo: 200,- Öschis*

## TATblatt-Verkaufsstellen

***WIEN 1:*** *•BH Das internationale Buch (Trattnerhof 1) •BH Kolisch (Rathausstraße 18) •BH Südwind (Kleeblattgasse 4) •BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) •Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntnertorpassage — beim U4-Abgang) •Zentralbuchhandlung (Schulerstraße 1)* ***WIEN 3:*** *•Bauern/Bäuerinnenhof-Produkte-Direktverkauf „Unser Laden" (Apostelgasse17)* ***WIEN 4:*** *Beisl TU-Club (Paniglgasse/Ecke Argentinierstraße)* ***WIEN 6:*** *•Beisl KUKU (Linke Wienzeile 98) •Platten RAVE UP (Hofmühlgasse 1)* ***WIEN 7:*** *• Platten Why Not (Kirchengasse)* ***WIEN 8:*** *•EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) •Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38)* ***WIEN 9:*** *•BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) •BH Reisebuchladen (Kolingasse 6)* ***WIEN 10:*** *•Bioladen "Der Laden" (Gudrunstraße 143) •EKH (Wielandgasse 2—4)* ***WIEN 16:*** *•Beisl CI (Payergasse 14) •Beisl B.A.C.H (Bachgasse 21)*
***STOCKERAU:*** *•Bäckerei W. Schwarz (Heidstraße 11)*
***INNSBRUCK:*** *•Utopia (Tschamlerstraße 3)*
***SCHWERTBERG:*** *•Kulturverein KANAL (Josefital 21)*
*Änderungen vorbehalten! Stand Oktober 1993*

## Impressum

***Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:***
*Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11*
***Telefon:*** *(0222) 568078*
***Fax:*** *(0222) 568078-4*
***Mailbox:*** *TATblatt@LINK-ATU.ZER.COMLINK.APC.ORG (Telefonnummer für Mailbox: [0222] 5860409)*
***Konto:*** *P.S.K. 7547 212*
***DVR Nr.:*** *0558371*
***Druck:*** *Eigendruck*
*Foto auf Seite 24: ORF*

*Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. Leserinnenbriefe und nicht als redaktionell bezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreiberin oder des Schreibers wieder.*

**Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, das du als letztes im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!!! Bei Fehlern oder Unklarheiten bitte einfach bei uns anrufen oder uns schreiben!**

***P.b.b. • Erscheinungsort Wien • Verlagspostamt 1060***

**Das nächste**

**TATblatt**

**erscheint am**

**25. November '93**